

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Wochentage): Ernst Wittmann, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Verlag von W. Faust u. Co., Magdeburg. Druck von Franz Wetze, Magdeburg. Geschäftsstelle: Jakobstraße 40, Fernsprecher 1567. Redaktion: Gr. Mühlstraße 3, Fernsprecher 961.

Pränumerando zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährlich (inkl. Fracht) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Per Kreuzband in Deutschland monatlich 1 Exemplar 1.70 Mk., 2 Exemplare 2.90 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährlich 2 Mk., monatlich 70 Pf. Bei den Postanstalten 2.25 inkl. Postgebühren. Einzelne Nummern 5 Pf., Sonntags- und ältere Nummern 10 Pf. — Anfertigungsgebühr: die schlagfertigste Zeitungs- 15 Pf. Post-Zeitungsliste Seite 370.

Nr. 174.

Magdeburg, Freitag den 28. Juli 1905.

16. Jahrgang.

Rot gegen Schwarz und blau!

Es war keine Simphonie, es war nur ein Menomnierstück ohne Bedeutung, das die Zentrumsfraktion in dem verstorbenen Abg. Stöbel, M. d. R., für das Königreich Krupp verloren hat. Das Zentrum nennt sich Volkspartei und wahrscheinlich, um den Kapital-Prozess zu zeigen, in welcher Proportion es Arbeiterinteressen vertritt, nahm es unter seinen über 100 Repräsentanten einen ganzen Arbeiter auf und es war ein herzlich unbedeutender Mann. Das ist für diesen kein Vorwurf, aber die Wertschätzung der Arbeiter seitens des Zentrums wird durch solche Vertretung weiter illustriert. Das Zentrum hat für die bevorstehende Nachwahl, aus wohl erwogenen Gründen, den lang genährten Gedanken, auch diesen Kreis wieder einem Vertreter der gefüllteren Portemonnaies zuzuschreiben, vorsichtig beiseite gestellt. In dem Arbeiterskretär Giesberts hat man gar einen Kandidaten gefunden, von dem man glaubt hoffen zu dürfen, er werde auch viele nichtultramontane Arbeiterstimmen auf sich vereinigen, eine Spekulation, deren Bedeutung erst in der Stichwahl liegt. Aus denselben Erwägungen heraus, die das Zentrum bei der Aufstellung des Kandidaten leiteten, hat sich sogar die scharfmacherische Gruppe, die unter der Firma „Bereinigte nationale Parteien“ segelt, mit der Aufstellung eines sogenannten Linksliberalen, des Rechtsanwalts Niemeyer, befreundet. Ich sage „sogenannten“, denn in Wirklichkeit ist der aufgestöberte Kandidat der Scharfmacherpartei ein politisches Weichhiesler der am wenigsten respektablen Sorte. Ein Mann, dessen Taten aus Worten bestehen, die gleich Seifenschäum vergehen, der aber kein gewöhnlicher Dierphilist ist, er räuspert sich gelehrter und agiert tapfere; ein Witwivir, im Sir John Falstaff. Die Kruppianer wissen ganz genau, daß ihnen ein solcher — Neu nicht gefährlich ist, sie opfern nur den Schein ihrer unwandelbaren Scharfmachergefühle.

Diese Kandidaturen beleuchten die politische Konstellation, sie bespiegeln eine in wenigen Jahren vollständig veränderte Parteigruppierung. Vor der Hauptwahl 1903 rechnete man hier mit der Sozialdemokratie überhaupt noch nicht als ernsthaft zu fürchtende Konkurrenz beim Kampf um das Mandat, nun aber hat man sich mit der Tatsache vertraut gemacht, der rote Gott könne sich doch stärker erweisen, als selbst der vereinigte schwarz-blaue. Das Zentrum konnte bisher Essen als eine seiner sichersten Hochburgen betrachten. Das lag in der besonders bis Ende der 80er Jahre stark überwiegenden katholischen Bevölkerung und in der nachhaltigen, seit Jahrzehnten betriebenen politischen Betätigung des Klerus begründet. Das Zentrum macht politische Betätigungen zu solchen religiöser, konfessioneller Natur; für den Katholiken wurde die Abgabe eines ultramontanen Stimmzettels zu einem Kirchengebot, deren Uebertretung rettungslos zur Hölle führt und für den starren Kirchengläubigen besteht das Dogma heute noch. In Essen, wie überhaupt im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, gestaltete sich für die Klerikalen noch besonders der Umstand günstig, daß unter den Großindustriellen Zentrumsmännern nicht zu finden waren; man konnte daher hier ohne Rücksicht, ohne Vorbehalt, den Kapitalismus mit dem Liberalismus verquicken, beide als gottlos von dem aufgehegten Arbeiter mit dem ultramontanen Stimmzettel bekämpfen lassen. So wurde für den unter dem Druck des Kapitals leuzenden Arbeiter der Kampf gegen das antiultramontane Unternehmertum zu einem gottwohlgefälligen Werk; die irdische Interessenvertretung wurde zur Himmelsleiter für die betörten Schäfchen — und die Blödigkeit der Schäfchen zum Sprungbrett für die politische Machtstärkung des römischen Klerus.

Die ultramontanen Blätter führten eine radikale Sprache gegen das Unternehmertum, deren sich heute zu bedienen kein Blatt mehr wagt, — aus „Gefälligkeit“ gegen den Staatsanwalt. Gegen diese klerikale Demagogie, gegen solchen geistigen Terrorismus, konnte das Unternehmertum mit all seiner wirtschaftlichen Uebermacht, mit Wahlterrorismus und Maßregelung nicht aufkommen. Seit 1871 gehört das Essener Mandat dem Zentrum; nur einmal, — für die Periode von 1893—98 — hat man es an Krupp abgeben müssen, dessen Sieg durch besondere Umstände begünstigt war.

Heute ist beim Zentrum im rheinisch-westfälischen Industriegebiet von der antikapitalistischen Schärfe nicht viel mehr zu spüren. Semehr einzelne einflussreiche Zentrumsleute an dem Segen des Kapitalismus partizipieren, je mehr Pfänden sich der eigenen Clique erschließen, desto mehr wird man auch hier so kapitalistisch, wie man z. B. in Oberschlesien, wo Zentrumsgrafen das industrielle Zepter in Händen haben, stets war. Der Zweck der politischen Machtokkupation durch Mißbrauch der Religion ist ja zum Teil auch der, beim Tanz um das goldene Kalb mitmachen zu können.

Für den großen Bergarbeiterstreik 1889/90 konnte das Unternehmertum noch die „schamlose“, „erlogene“ aus „partei-politischen Gründen“ inszenierte Heße der — Ultramontanen verantwortlich machen, beim Ausbruch des letzten Streiks war es die ultramontane Presse zuerst, welche die Bewegung zum Werk einer parteipolitischen Heße stempelte. — Das tat das dankbare Zentrum dem wohlgeniegt „gottlosen“ Kapitalismus, mit dessen Vertreter man doch schon so weit gekommen ist, für die Kommunalvertretungen z. die Mandate vor den Wahlen zu verteilen. Wer weiß, wie weit man's noch bringen mag.

Es war ganz natürlich, daß die römisch-klerikale Heße eine Gegenströmung hervorrief und, daß das Großunternehmertum diese in den Dienst seiner Interessen spannte, die Rettung der evangelischen Kirche auf seine Fahne schrieb. Mit der Kandidatur Krupp glaubte man in dessen Person, als mächtigem, einflussreichem Industriellen, die wirksamste Agitation zu besitzen. Als es mit dieser Kandidatur vorbei war, gedachte man nun auch das konfessionelle Moment wirkungsvoll in den Vordergrund schieben zu können; bei der vorigen Wahl kandidierte ein Pastor. Der Gottesmann wurde in den Sand gestreckt, nun helf wer helfen mag; ein schwadronierender, demokritischerer Hans Dampf in allen Gassen will der Scharfmacherpartei das Mandat holen.

Unter den skizzierten Umständen hatte die Sozialdemokratie natürlich einen außerordentlich schweren Stand. Essen galt allgemein als eins der allerhöchsten Bollwerke für uns, als eine der feindlichen Hochburgen, die bis zuletzt dem Ansturm der proletarischen Bewegung Stand halten würden. Wer nicht des Himmels und der Hölle wegen den pfäffischen Seckungen folgte, wählte aus Angst vor Maßregelung, oder von dem Wohlfahrtsgebimmel benebelt, Belohnung erwartend, den König Krupp. Der geistige und wirtschaftliche Wahlterror seiner tollsten Organe.

Die Arbeiterbewegung fristete ein kümmerliches Dasein, fast nur gestützt von jenen Gruppen — Bauarbeiter usw. — die nicht direkt von der Firma Krupp und ein paar andern mit dieser natürlich verbundenen Großunternehmern abhängig waren. Trotz der unermüdlichen Arbeit einiger Genossen, die sich durch keinen Mißerfolg entmutigen ließen, ging es mit der Gesamtbewegung entsetzlich langsam vorwärts. Kaum glaubte man etwas vorwärts gekommen zu sein, ging's wieder einen Schritt rückwärts. So ging's jahrelang, auf und ab; aber die Wellenbewegung war so schwach, sie trieb im ganzen so langsam nach oben, daß man kaum eine Aenderung des Tiefstandes wahrnahm. Die Eßenermacher Springprozeßion ist ein Eilmarsch gegen den Vormarsch unserer Bewegung hier. Den Bauarbeitern schlugen die Klerikalen mit den christlichen Organisationen einen Erfolg aus der Hand; durch Veräberungen, offenen Streikbruch usw. leistete man den Unternehmern Handlangerdienste, die freien Verbände sollten unter keinen Umständen hochkommen. Das Gewerbegericht hielten die Christlichen besetzt, zu ihrem Schutz lehnten die Stadtverordneten die unersetzlich geforderte Proportionalwahl ab. An sonstigen Wahlbeteiligungen, außer für den Reichstag, war kaum ein Gedanke.

Nach einer ziemlich langen Krise brachte die Sozialdemokratie im Jahre 1893 5868 Stimmen auf. Das war bei einer Gesamtstimmzahl von 44 000 sehr wenig. Die Hoffnung, mit der Protestkandidatur des in dem bekanteten Essener Meinungsprozeß verurteilten Bergmann L. Schröder bessere Erfolge zu erzielen, erwies sich vollständig als trügerisch; nur 4400 Stimmen erzielte die Partei. Wie nun die Gegner jubelten! „Die Sozialdemokratie ist hier machtlos“, so redete man sich gerne ein. Doch die Toten reiten schnell; bei der vorigen Hauptwahl blieb die Krupp-Partei schon als Leiche auf dem Kampfplatz und des Zentrums Sieg war nur noch möglich auf dem mit katholischen Sporen angetriebenen, mit evangelischem Sattelzeug belegten nationalen Gaul. Vorher hatten schon die freien Gewerkschaften dem christlichen Mißmachere eine großartige Niederlage bereitet, die christliche Vertretung von den Sitzen im Gewerbegericht heruntergesetzt. Es gab ein großes Heulen und Zähneknirschen und die Stadtvertretung beschloß schleunigst: Einführung der Verhältniswahl!

Woher dieser gewaltige Umbruch? Die unangesehnte, unermüdliche Agitationsarbeit war nicht vergeblich gewesen. Der ausgeworfene Same trieb Keime, er konnte nur nicht den unter dem erstarrten Hauch eines seit Generationen gezüchteten Ohnmachtsgefühls verhärteten Bodens durchbrechen, es fehlte noch der aufstauende, belebende, Kraftgefühl zeugende, Leben strökende Sonnenstrahl. Winterschnee mußte erst gebrochen werden. Und er wurde gebrochen!

Schon lange garte und brodelte es in der Brühe. Je mehr die Arbeiterschaft den vielgerühmten König Krupp als die große „O“ erkannte, als einen unbedeutenden, sonst harmlosen Menschen, der für die Fabrik weniger bedeutete wie der letzte Hilfsarbeiter, als man erkannte, daß die ganze

Tätigkeit des bisher angestaunten Kanonenknirschs darin bestand, ungezählte Millionen müheelos einzustreichen, und schließlich einer schneidigen Beamtenschaft, die sich vornehmlich aus der Kategorie der Allerweltsaffieren rekrutierte, jene Millionen aus den Arbeitern herauspreßte, je üppiger der Kasernenhofen auf der Fabrik Mode wurde und die letzten Spuren einer bisher künstlich kultivierten Harmoniebusselei auslöschte, desto mehr schwand auch die Indifferenz, die Lähmung und das Ohnmachtsgefühl, welches bisher die Masse niedergehalten hatte. Es bedurfte nur eines besonderen Ereignisses, um das Tiefenmeer aus der Vertäubung aufzurütteln, die bisher gebundenen Kräfte spontan sich lösen, entfalten zu lassen. Und plötzlich, fast ganz unvermittelt ertönte der Massentritt der Bataillone! Neue Vorgesetzte, die neuen Schwung in die Kolonnen bringen wollten, um ihre Existenzberechtigung zu erweisen, hatten durch Lohnabzüge, Beschimpfung alter Arbeiter, durch Ghisane und Maßregelungen bereits eine, dem seinen Obr Sturm ankündende Bewegung unter der Arbeiterschaft hervorgerufen, da peitschte die Nachricht von einer besonders rücksichtslosen, das Arbeitsverhältnis verschlechternden Maßnahme, die allgemeine Empörung zu stürmenden Wogenbergen an. Ein Aufschrei ging durch die Massen und die Wut über die empörende Behandlung sprengte den Bann! Zu tausenden und abertausenden strömten die Kruppischen Arbeiter in die Versammlung und protestierten und forderten! Das war etwas Unerhörtes, Verblüffendes aber nicht mehr ungeheuer zu machendes. Die Menschenwürde war erwacht, das Kraftbewußtsein ließ sich nicht mehr umbringen.

Von diesem Zeitpunkt an ging es überall in der Arbeiterbewegung augenblicklich vorwärts. Weitere Ereignisse, wie die Krupp-Affäre, die Kaiserreden, die Hülfsenerie usw. wirkten fördernd auf das Tempo ein, und es wurden die alle Welt in Entsetzen schreckenden Schlachten im Königreich des Kapitalismus und des Klerikalismus geschlagen; das rote Banner war entrollt und immer weiter wurde es in die Reihen der weichen Feinde hineingetragen. Unter solchen Umständen gewinnt die bevorstehende Nachwahl doppelt an Interesse. Mit Recht darf man auf den Ausgang des Kampfes gespannt sein. Wenn auch erfahrungsgemäß nach einem sprunghaften Aufwärts zunächst wieder ein numerischer Rückschlag folgt, hier dürfen wir hoffen, den letzten Erfolgen einen neuen zugefügt zu sehen.

Das Zentrum wird natürlich alle Kräfte einsetzen. Der letzte Bergarbeiterstreik jedoch dürfte dem Zentrum nicht wenige Stimmen kosten. Fein haben die Zentrumsdiplomaten ja operiert und einen parlamentarischen Gewinn erzielt, dessen Größe selbst Bismarck der Gefürchtete, kaum hoch genug einschätzte, aber den Arbeitern gegenüber hat man sich doch etwas in die Nesseln gesetzt, das heißt, man ist hineingefegt worden durch die offene Brutalität der offenen Arbeiterfeinde, durch deren Lärmen gegen die geringste Reform der Bergarbeiterschaft deutlich genug demonstriert ist, daß sie nichts zu erwarten hatte und — nichts erlangt hat. Hätte sich das alles hübsch geräuschlos abgepielt und wäre diese Wahl dem Zentrum nicht so eilig über den Hals gekommen, dann hätte man wohl noch mit mehr Erfolg als es jetzt geschieht, über Erfolge und Verbesserungen schwelgen und schwindeln können. Vom Zentrum muß man sich allerdings versehen, daß es der Arbeiterschaft die den Reaktionsären seitens der Regierung als Kompensation für die wertlose Berggegnenelle zugelegte Aufhebung der Selbstverwaltung der Krankenkassen — als einen großen, vom Zentrum erzielten Vorteil anweist. Gegenüber dem Arbeiterstimmenfang heißt die erste Zentrumsregel: „Unverfrorenheit stehe uns bei!“

Aber mit solchen Grundsätzen kann man nur eine Zeit lang die Wähler am Gängelband halten. — D. —

Politische Uebersicht.

Magdeburg, 26. Juli 1905.

Das System Hilger blüht weiter!

Auf Grube „Dudweiler“ im Saarrevier war nach der „Saarwacht“ folgendes klassisches Dokument saarwächtiger Knechtschaft angeschlagen:

Benanntmachung!

Wir haben in Erfahrung gebracht, daß morgen den 15. Juli, nachmittags 4 Uhr, bei Witt Jung in Dudweiler eine öffentliche Bergarbeiterversammlung stattfindet, in welcher ein Sozialdemokrat als Redner auftritt. Die Bergerschaft wird vor dem Besuch der Versammlung eindringlich gewarnt.

Diejenigen Bergleute, welche trotzdem die Versammlung besuchen, haben die Folgen ihres Handelns auf sich zu nehmen.

Grube „Dudweiler“, den 15. Juli 1905.

Hgt. Berginspektion IV.

Die schmächtlichen Bedrückungsmaßregeln dauern also fort trotz der ungeheuren Prozeßblamage. —

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Wochentage): Ernst Wittmann, Magdeburg. Verantwortlich für Anzeigen: August Fabian, Magdeburg. Verlag: von W. Pfannkuch u. Co., Magdeburg. Druck von Franz Stetige, Magdeburg. Geschäftsstelle: Jakobstraße 49, Fernsprecher 1567. Redaktion: Gr. Mühlstraße 3. Fernsprecher 951.

Pränumerando zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährlich (inkl. Bringerlohn) 2 Mk. 25 Pfg., monatlich 80 Pfg. Per Kreuzband in Deutschland monatlich 1 Exempl. 1.70 Mk., 2 Exempl. 2.90 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährlich 2 Mk., monatlich 70 Pfg. Bei den Postanstalten 2.25 zgl. Bestellgeb. Einzelne Nummern 5 Pfg., Sonntags- und Altersnummern 10 Pfg. — Anzeigengebühren: die sechsgehaltene Zeile 25 Pfg. Post-Zeitungsliste Seite 379.

Nr. 174.

Magdeburg, Freitag den 28. Juli 1905.

16. Jahrgang.

Rot gegen Schwarz und blau!

Es war keine Simonslocke, es war nur ein Renommierstück ohne Bedeutung, das die Zentrumsfraktion in dem verstorbenen Abg. Stöbel, M. d. R., für das Königreich Krupp verloren hat. Das Zentrum nennt sich Volkspartei und wahrscheinlich, um den Kapital-Prozess zu zeigen, in welcher Proportion es Arbeiterinteressen vertritt, nahm es unter seinen über 100 Repräsentanten einen ganzen Arbeiter auf und es war ein herzlich unbedeutender Mann. Das ist für diesen kein Vorwurf, aber die Wertschätzung der Arbeiter seitens des Zentrums wird durch solche Vertretung weiter illustriert. Das Zentrum hat für die bevorstehende Nachwahl, aus wohl erwogenen Gründen, den lang genährten Gedanken, auch diesen Kreis wieder einem Vertreter der gefüllteren Fortemouaies zuzuschreiben, vorsichtig beiseite gestellt. In dem Arbeitersekretär Giesberts hat man gar einen Kandidaten gefunden, von dem man glaubt hoffen zu dürfen, er werde auch viele nichtultramontane Arbeiterstimmen auf sich vereinigen, eine Spekulation, deren Bedeutung erst in der Stichwahl liegt. Aus denselben Erwägungen heraus, die das Zentrum bei der Aufstellung des Kandidaten leiteten, hat sich sogar die scharfmacherische Gruppe, die unter der Firma „Vereinigte nationale Parteien“ segelt, mit der Aufstellung eines sogenannten Linksliberalen, des Rechtsanwalts Kiemeyer, befreundet. Ich sage „sogenannten“, denn in Wirklichkeit ist der aufgestöberte Kandidat der Scharfmacherpartei ein politisches Weichtier der am wenigsten respektablen Sorte. Ein Mann, dessen Taten aus Worten bestehen, die gleich Seifenschaum vergehen, der aber kein gewöhnlicher Bierpflüster ist, er räuspert sich gelehrter und agiert tapfere; ein Pitwitt, im Sir John Fallstaff. Die Kruppianer wissen ganz genau, daß ihnen ein solcher — Len nicht gefährlich ist, sie opfern nur den Schein ihrer unwandelbaren Scharfmachergefühle.

Diese Kandidaturen beleuchten die politische Konstellation, sie bespiegeln eine in wenigen Jahren vollständig veränderte Parteigruppierung. Vor der Hauptwahl 1903 rechnete man hier mit der Sozialdemokratie überhaupt noch nicht als ernsthaft zu fürchtende Konkurrenz beim Kampf um das Mandat, nun aber hat man sich mit der Tatsache vertraut gemacht, der rote Gott könne sich doch stärker erweisen, als selbst der vereinigte Schwarz-Blau. Das Zentrum konnte bisher Essen als eine seiner sichersten Hochburgen betrachten. Das lag in der besonders bis Ende der 80er Jahre stark überwiegenden katholischen Bevölkerung und in der nachhaltigen, seit Jahrzehnten betriebenen politischen Betätigung des Klerus begründet. Das Zentrum macht politische Betätigungen zu solchen religiöser, konfessioneller Natur; für den Katholiken wurde die Abgabe eines ultramontanen Stimmzettels zu einem Kirchengebot, deren Übertretung rettungslos zur Hölle führt und für den starken Kirchengläubigen besteht das Dogma heute noch. In Essen, wie überhaupt im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, gestaltete sich für die Klerikalen noch besonders der Umstand günstig, daß unter den Großindustriellen Zentrumsmännern nicht zu finden waren; man konnte daher hier ohne Rücksicht, ohne Vorbehalt, den Kapitalismus mit dem Liberalismus verquicken, beide als gottlos von dem aufgesetzten Arbeiter mit dem ultramontanen Stimmzettel bekämpfen lassen. So wurde für den unter dem Druck des Kapitals leuzenden Arbeiter der Kampf gegen das antiultramontane Unternehmertum zu einem gottwohlgefälligen Werk; die irdische Interessenvertretung wurde zur Himmelsleiter für die betörten Schäfchen — und die Blödigkeit der Schäfchen zum Sprungbrett für die politische Machtstärkung des römischen Klerus.

Die ultramontanen Blätter führten eine radikale Sprache gegen das Unternehmertum, deren sich heute zu bedienen kein Blatt mehr wagt, — aus „Gefälligkeit“ gegen den Staatsanwalt. Gegen diese Klerikale Demagogie, gegen solchen geistigen Terrorismus, konnte das Unternehmertum mit all seiner wirtschaftlichen Uebermacht, mit Wahlterrorismus und Maßregelung nicht aufkommen. Seit 1871 gehört das Essener Mandat dem Zentrum; nur einmal, — für die Periode von 1893—98 — hat man es an Krupp abgeben müssen, dessen Sieg durch besondere Umstände begünstigt war.

Heute ist beim Zentrum im rheinisch-westfälischen Industriegebiet von der antikapitalistischen Schärfe nicht viel mehr zu spüren. Jemehr einzelne einflussreiche Zentrumskleue an dem Segen des Kapitalismus partizipieren, je mehr Pfanden sich der eignen Clique erschließen, desto mehr wird man auch hier so kapitalstromm, wie man z. B. in Oberschlesien, wo Zentrumsgrafen das industrielle Zepher in Händen haben, stets war. Der Zweck der politischen Machtakkupation durch Mißbrauch der Religion ist ja zum Teil auch der, beim Tanz um das goldene Kalb mitzumachen zu können.

Für den großen Bergarbeiterstreik 1889/90 konnte das Unternehmertum noch die „schamlose“, „erlogene“ aus „partei-politischen Gründen“ injenierete Hege der — Ultramontanen verantwortlich machen, beim Ausbruch des letzten Streiks war es die ultramontane Presse zuerst, welche die Bewegung zum Werk einer parteipolitischen Hege stempelte. — Das tat das dankbare Zentrum dem wohlgenieigten „gottlosen“ Kapitalismus, mit dessen Vertreter man doch schon so weit gekommen ist, für die Kommunalvertretungen z. die Mandate vor den Wahlen zu verteilen. Wer weiß, wie weit man's noch bringen mag.

Es war ganz natürlich, daß die römisch-klerikale Hege eine Gegenströmung hervorrief und daß das Großunternehmertum diese in den Dienst seiner Interessen spannte, die Rettung der evangelischen Kirche auf seine Fahne schrieb. Mit der Kandidatur Krupp glaubte man in dessen Person, als mächtigem, einflussreichem Industriellen, die wirksamste Agitation zu besitzen. Als es mit dieser Kandidatur vorbei war, gedachte man nun auch das konfessionelle Moment wirkungsvoll in den Vordergrund schieben zu können; bei der vorigen Wahl kandidierte ein Pastor. Der Gottesmann wurde in den Sand gestreckt, nun helf wer helfen mag; ein schwadronierender, demokratisierender Hans Dampf in allen Gassen will der Scharfmacherpartei das Mandat holen.

Unter den skizzierten Umständen hatte die Sozialdemokratie natürlich einen außerordentlich schweren Stand. Essen galt allgemein als eins der allerschwersten Vorkämpfer für uns, als eine der feindlichen Hochburgen, die bis zuletzt dem Aufsturm der proletarischen Bewegung Stand halten würden. Wer nicht des Himmels und der Hölle wegen den pfäffischen Lockungen folgte, wählte aus Angst vor Maßregelung, oder von dem Wohlfahrtsgebimmel benebelt, Verlohnung erwartend, den König Krupp. Der geistige und wirtschaftliche Wahlterror feierte seine tollsten Orgien.

Die Arbeiterbewegung fristete ein kümmerliches Dasein, fast nur gestützt von jenen Gruppen — Bauarbeiter usw. — die nicht direkt von der Firma Krupp und ein paar andern mit dieser natürlich verbundenen Großunternehmern abhängig waren. Trotz der unermüdblichen Arbeit einiger Genossen, die sich durch keinen Mißerfolg entmutigen ließen, ging es mit der Gesamtbewegung entsetzlich langsam vorwärts. Kaum glaubte man etwas vorwärts gekommen zu sein, ging's wieder einen Schritt rückwärts. So ging's jahrelang, auf und ab; aber die Wellenbewegung war so schwach, sie trieb im ganzen so langsam nach oben, daß man kaum eine Aenderung des Tiefstandes wahrnahm. Die Schternacher Springprozeßion ist ein Schilder gegen den Vormarsch unserer Bewegung hier. Den Bauarbeitern schlugen die Klerikalen mit den christlichen Organisationen jeden Erfolg aus der Hand; durch Verrätereien, offenen Streikbruch usw. leistete man den Unternehmern Handlangerdienste, die freien Verbände sollten unter keinen Umständen hochkommen. Das Gewerbegericht hielten die Christlichen besetzt, zu ihrem Schutz lehnten die Stadtverordneten die unerseits geforderte Proportionalwahl ab. An sonstigen Wahlbeteiligungen, außer für den Reichstag, war kaum ein Gedanke.

Nach einer ziemlich langen Krise brachte die Sozialdemokratie im Jahre 1893 5868 Stimmen auf. Das war bei einer Gesamtstimmengahl von 44 000 sehr wenig. Die Hoffnung, mit der Protestkandidatur des in dem bekannnten Essener Meineidsprozeß verurteilten Bergmann L. Schröder bessere Erfolge zu erzielen, erwies sich vollständig als trügerisch; nur 4400 Stimmen erzielte die Partei. Wie nun die Gegner jubelten! „Die Sozialdemokratie ist hier machtlos“, so redete man sich gerne ein. Doch die Toten reiten schnell; bei der vorigen Hauptwahl blieb die Krupp-Partei schon als Leiche auf dem Kampfplatz und des Zentrums Sieg war nur noch möglich auf dem mit katholischen Sporen angetriebenen, mit evangelischem Sattelzeug belegten nationalen Gaul. Vorher hatten schon die freien Gewerkschaften dem christlichen Mißmacherei eine großartige Niederlage bereitet, die christliche Vertretung von den Sätzen im Gewerbegericht heruntergesetzt. Es gab ein großes Heulen und Zähneknirschen und die Stadtvertretung beschloß schleunigst: Einführung der Verhältniswahl!

Woher dieser gewaltige Umschwung? Die unausgesetzte, unermüdbliche Agitationsarbeit war nicht vergeblich gewesen. Der ausgeworfene Same trieb Keime, er konnte nur nicht den unter dem erstarrten Hauch eines seit Generationen gezüchteten Ohnmachtsgefühls verhärteten Boden durchbrechen, es fehlte noch der aufstauende, belebende, Kraftgefühl zengende, Leben strohende Sonnenstrahl. Winterschnee mußte erst gebrochen werden. Und er wurde gebrochen!

Schon lange garte und brodelte es in der Brüh. Je mehr die Arbeiterchaft den vielgerühmten König Krupp als die große „0“ erkannte, als einen unbedeutenden, sonst harmlosen Menschen, der für die Fabrik weniger bedeutete wie der letzte Hilfsarbeiter, als man erkannte, daß die ganze

Tätigkeit des bisher angestaunten Kanonenkönigs darin bestand, ungezählte Millionen mühelos einzustreichen, und je rücksichtsloser eine schneidige Beamtenchaft, die sich vornehmlich aus der Kategorie der Allweltsaffessoren rekrutierte, jene Millionen aus den Arbeitern herausprekte, je üppiger der Kasernenhofen auf der Fabrik Mode wurde und die letzten Spuren einer bisher künstlich kultivierten Harmoniebusselei auslöschte, destomehr schwand auch die Jüdischerz, die Lähmung und das Ohnmachtsgefühl, welches bisher die Masse niedergehalten hatte. Es bedurfte nur eines besonderen Ereignisses, um das Riesengeheer aus der Bestäubung aufzurütteln, die bisher gebundenen Kräfte spontan sich lösen, einfallen zu lassen. Und plötzlich, fast ganz unvermittelt ertönte der Massentritt der Bataillone! Neue Vorgesetzte, die neuen Schwingen in die Kolonnen bringen wollten, um ihre Existenzberechtigung zu erweisen, hatten durch Lohnabzüge, Beschneidung alter Arbeiter, durch Chikanen und Maßregelungen bereits eine, dem feinen Ohr Sturm ankündende Bewegung unter der Arbeiterschaft hervorgerufen, da peitschte die Nachricht von einer besonders rücksichtslosen, das Arbeitsverhältnis verschlechternden Maßnahme, die allgemeine Empörung zu stürmenden Wogenbergen an. Ein Wutschrei ging durch die Massen und die Wut über die empörende Behandlung sprengte den Bann! Zu tausenden und abertausenden strömten die Kruppischen Arbeiter in die Versammlung und protestierten und forderten! Das war etwas Unerhörtes, Verblüffendes aber nicht mehr ungeschöhen zu machendes. Die Menschenwürde war erwacht, das Kraftbewußtsein ließ sich nicht mehr umbringen.

Von diesem Zeitpunkt an ging es überall in der Arbeiterbewegung augenscheinlich vorwärts. Weitere Ereignisse, wie die Krupp-Affäre, die Kaiserreden, die Hülfserei usw. wirkten fördernd auf das Tempo ein, und es wurden die alle Welt in Schrecken setzenden Schlachten im Königreich des Kapitalismus und des Klerikalismus geschlagen; das rote Banner war entrollt und immer weiter wurde es in die Reihen der weichenen Feinde hineingetragen. Unter solchen Umständen gewinnt die bevorstehende Nachwahl doppelt an Interesse. Mit Recht darf man auf den Ausgang des Kampfes gespannt sein. Wenn auch erfahrungsgemäß nach einem sprunghaften Aufwärts zunächst wieder ein numerischer Rückschlag folgt, hier dürfen wir hoffen, den letzten Erfolgen einen neuen zugefügt zu sehen.

Das Zentrum wird natürlich alle Kräfte einsetzen. Der letzte Bergarbeiterstreik jedoch dürfte dem Zentrum nicht wenige Stimmen kosten. Fein haben die Zentrumsdiplo-maten ja operiert und einen parlamentarischen Gewinn erzielt, dessen Größe selbst Bülow der Gefürchtete, kaum hoch genug einschätzte, aber den Arbeitern gegenüber hat man sich doch etwas in die Kesseln gesetzt, das heißt, man ist hineingesetzt worden durch die offene Mentalität der offenen Arbeiterfeinde, durch deren Sämen gegen die geringste Reform der Bergarbeiterchaft deutlich genug demonstriert ist, daß sie nichts zu erwarten hatte und — nichts erlangt hat. Hätte sich das alles hübsch geräuschlos abgespielt und wäre diese Wahl dem Zentrum nicht so eilig über den Hals gekommen, dann hätte man wohl noch mit mehr Erfolg als es jetzt geschieht, über Erfolge und Verbesserungen schwelgen und schwindeln können. Vom Zentrum muß man sich allerdings versehen, daß es der Arbeiterschaft die den Reaktionen seitens der Regierung als Kompensation für die wertlose Bergarbeiternovelle zugesagte Aufhebung der Selbstverwaltung der Krankenkassen — als einen großen, vom Zentrum erzielten Vorteil anpreist. Gegenüber dem Arbeiterstimmengang heißt die erste Zentrumregel: „Unberücksichtigung stehe uns bei!“

Aber mit solchen Grundsätzen kann man nur eine Zeit lang die Wähler am Gängelband halten. —D.—

Politische Uebersicht.

Magdeburg, 26. Juli 1905.

Das System Hilger blüht weiter!

Auf Grube „Dudweiler“ im Saarrevier war nach der „Saarwacht“ folgendes klassische Dokument saarwächtiger Knechtschaft angeschlagen:

Bekanntmachung!

Wir haben in Erfahrung gebracht, daß morgen den 16. Juli, nachmittags 4 Uhr, bei Wirt Jung in Dudweiler eine öffentliche Bergarbeiterversammlung stattfindet, in welcher ein Sozialdemokrat als Redner auftritt. Die Belegschaft wird vor dem Besuch der Versammlung eindringlich gewarnt.

Diejenigen Bergleute, welche trotzdem die Versammlung besuchen, haben die Folgen ihres Handelns auf sich zu nehmen.

Grube „Dudweiler“, den 15. Juli 1905.

Hgl. Berginspektion IV.

Die schändlichen Bedrückungsmaßregeln dauern also fort trotz der ungeheuren Prozeßblamage. —

Ein unbrauchbares Gesetz.

Das Gesetz über die Entschädigung unschuldig Verhafteter und Angeklagter erstreckt wieder in seiner vollen Glorie in der Entscheidung des Landgerichts Bielefeld über den Entschädigungsanspruch des freigesprochenen Stellners Mayer. Dieses Opfer der Ehrenrettungsversuche des höchst ehrenwerten Justizministers Ruffrat hat bekanntlich, bis der Spruch der Geschworenen dem grausamen Justiz- und Inquisitionsspiel ein Ende machte, nahezu ein halbes Jahr in Untersuchungshaft, noch dazu einer durch die Künste eines „Spezialisten in Meineidsachen“ außergewöhnlich qualvollen, verbringen müssen. Nunmehr hat das Landgericht den von den Verteidigern erhobenen Entschädigungsanspruch abgelehnt, da der Beweis von Meyers Unschuld nicht erbracht und er durch den Prozess vom Verdachte der Fidesverletzung nicht gereinigt sei. Es sei hier abgesehen davon, wie diese Entscheidung sich in Gegensatz stellt zu dem Spruche der Geschworenen, den Aussagen der maßgebenden Zeugen und der — wohl ohne Unterschied der Parteien — gesamt öffentlichen Meinung des deutschen Volkes, die den armen Meyer in weit besserem Einklang mit seiner Eides- und Zeugenpflicht befunden hat, als den gebietenden Herrn Justizminister mit seinen schwankenden Aussagen, Verschweigungen und Widersprüchen, mit unantastbaren Zeugen und starken Indizien. Jedenfalls wird auch den reaktionären Bestrebungen nach Abschaffung der Schwurgerichte durch diesen Rechtspruch kein Dienst geleistet. Was uns daran aber ganz besonders interessiert, ist die Beleuchtung jenes Gesetzes, das als ein gewaltiger kultureller Fortschritt gepriesen wurde und dessen Ablehnung auf dem berühmten Sündenregister der „vernünftigen“ Sozialdemokratie in besonders fetter Schrift figurirt. Zunächst sehen wir, wie die Zerreißung der Entscheidung, die Zuweisung der Schuldfrage an die Geschworenen und der Rechtsfolgen die Freisprechung an den gelehrten Gerichtshof, die Möglichkeit einander stracks entgegengesetzter Entscheidungen bietet. Gätten die Geschworenen auch über die Entschädigungsfrage, wenigstens im Prinzip, zu entscheiden gehabt, so wäre das Ergebnis wohl ein anderes gewesen, und in jedem Falle macht die Einschränkung oder „Verächtlichmachung“ des Geschwornenurteils durch das Gericht einen heimlichen Eindruck. Das Schlimmste aber ist die Schaffung zweier Klassen von Freigesprochenen: der „Unschuldigen“ und der „wegen Mangels an Beweis“ oder „wegen der Dummheit der Geschworenen“ laufen gelassenen, aber immer noch verdächtigen Personen. Mit dieser Unterscheidung wird der natürliche Rechtsgrund, daß der nicht Ueberrührte dem Recht gegenüber als unschuldig zu gelten hat, zerstört. Man kehrt zu der Praktik des alten Inquisitionsprozesses zurück, der neben den auf Grund erwiesener Unschuld Freigesprochenen die „von der Instanz Abolvierten“ kannte, denen man zwar nichts hat nachweisen können, an denen aber immer noch ein Verdacht hängen blieb. Diese Konsequenz des Gesetzes hat bereits auf freisinniger Seite die Erkenntnis gezeitigt, daß man mit seiner Annahme einen Fehler gemacht und daß die Sozialdemokratie mit der Ablehnung recht gehabt hat. Gewiß kommen Fälle vor, wo es unbillig erscheint, einem schlaunen Sünder, dem man nicht alles hat beweisen können, trotz erheblichen Schuldverdachts auch noch Entschädigung zahlen zu lassen. Aber sie wiegen leicht gegenüber jenen andern, in denen eine bürokratische Justiz dem Freigesprochenen die Entschädigung für die Nachteile und Qualen der Untersuchungshaft — meist viel schmerzhafter als die der Straftat — verweigert, ja, was noch schlimmer ist, ihm für sein Leben den Makel aufträgt, daß „doch etwas daran ist“, eine Verdächtigung, gegen die es nicht einmal ein Wiederaufnahmeverfahren gibt — denn das kann nur von Seiten eines Verurteilten, nicht eines Freigesprochenen, aber mit dem Schuldverdacht weiter Behafteten eingeleitet werden.

Der oberste Grundsat aller Strafrechtspflege muß bleiben, daß niemals der Angeklagte seine Unschuld, sondern daß der Ankläger des Angeklagten Schuld zu beweisen hat. Wenn Schuld aber nicht bewiesen ist, der hat aber als unschuldig zu gelten. Insofern bietet das Erkenntnis, in dem das Bielefelder Gericht sich unterfangen hat, dem Wahrspruch der Geschworenen entgegenzuhandeln und einem braven und überreichlich für seine Wahrheit gekälten Menschen zum Abstrich noch ein höchliches Verdachtsmerkmal anzuhängen, wertvolles Material für die Reform des Entschädigungswesens für Freigesprochene.

Schweden-Norwegen.

In dem Stand des Konflikts zwischen den beiden Staaten auf der skandinavischen Halbinsel sind keine Änderungen eingetreten. Der schwedische Reichstag hielt gestern eine nichtöffentliche Sitzung ab, aus der mitgeteilt wird, der Bericht des Ausschusses sei abgelehnt worden. Ein neues Ministerium wurde bisher noch nicht ernannt.

Die norwegische Presse verhält sich vorläufig noch ablehnend gegen die schwedischen Vorschläge. Der gewöhnliche Volksabstimmung scheint man jedoch weniger ablehnend gegenüberzustehen, in 14 Tagen, so glaubt man, könne diese vorgenommen werden. Lagegen irrt man sich gegen die Verschleppung, die einzutreten würde, wenn ein neugewähltes Storting den Trennungsbefehl bestätigen sollte. Soeben erst hat sich Professor Ranken in der „Kopenhagener Zeitung“ „Positiv“ geäußert, wenn die Verzögerungspolitik siegreich wäre, so würde Schwedens Souveränität von Europa anerkannt werden, ohne daß sich die Mächte um Schwedens Zustimmung kümmern; die unregelmäßigen Zustände, unter denen Norwegen jetzt lebe, wären nicht bloß für dieses Land, sondern auch für die fremden Staaten, mit denen Norwegen in Verkehr stehe, eine Ungelegenheit. Ferner erklärte Ranken, Schweden befände sich völlig im Irrtum, wenn es glaube, daß ein neues Storting eine andere Haltung einnehmen

werde, als das jetzige; von Tag zu Tag werde Norwegen in seinem Entschluß gefesteter. —

Ungarn.

Der Minister des Innern Kristoffy hat den Beschluß des Rester Komitats, womit die Ablieferung freiwillig gezahlter Steuern und die Mitwirkung bei freiwilliger Stellung zum Militärdienst verboten wurde, umgestoßen. Die gleichen Beschlüsse der andern Städte und Komitate werden, wie verlautet, gleichfalls für ungültig erklärt werden. —

Die russische Revolution.

Der nachdringliche Zarismus.

Die Schergen des Zaren bemühen sich jetzt mit allen Kräften, die ehemalige Besatzung des „Potemkin“ in ihre Hände zu bekommen. Vorige Woche gelang es Polizeispionen einige der Leute zum Betreten eines russischen Schiffes in Konstantinopel zu veranlassen und sie nach Rußland zu bringen. Jetzt zerbricht man sich im russischen Justizministerium den Kopf, wie die Auslieferung der Matrosen des „Potemkin“ zu erlangen ist. Man bemüht sich, die Matrosen zu gemeinen Verbrechern zu stampeln, die nach den völkerrechtlichen Konventionen anzukommen sind. Die „Nowoje Wremja“ weiß zu melden, daß das Justizministerium eben damit beschäftigt ist, die Namen derer zu ermitteln, die die Offiziere ermordet haben. Ihre Auslieferung soll zunächst verlangt werden. Es ist sicher, daß die Zarenregierung Spindel für 20—30 000 Rubel engagiert hat, um etliche von den Matrosen mit List oder Gewalt nach Rußland zu bringen, die dann als Zeugen und Ankläger auftreten sollen, damit die Sache einen juristischen Anstrich gewinnt. Außerdem hat die russische Regierung den Spindeln für jeden Matrosen, den sie der zarischen Behörde überliefern, eine Extrazahlung von 5000 Rubel versprochen. Also für solche Gemeinheiten hat die Regierung Nikolaus 2. Geld genug!

Daß die zarische Regierung ihre Nachgelüste kühlen will, kann man am Ende verstehen. Schlimmer ist aber, daß einzelne Regierungen geneigt sein sollen, den Zarismus dabei zu unterstützen. In Odessa heißt es, die rumänische Regierung beabsichtige, zwei Parteinoffiziere auszuliefern, die sich, als der „Potemkin“ vor Odessa lag, auf das Schiff begeben haben und die „Nordamerikanische Gesellschaft der Freunde des russischen Volkes“ teilt mit, die Regierung der Vereinigten Staaten beabsichtige, der zarischen Regierung die flüchtigen Matrosen der meuternden Mannschaft auszuliefern, sobald sie das Gebiet der Vereinigten Staaten betreten würden.

Hoffentlich bewahrt sich das nicht. —

Die geknebelte Presse.

Trotz aller Versprechungen, die der russische Presse seitens der Regierung und des Zaren wiederholt gemacht worden sind, werden jetzt nicht nur die Provinzblätter, sondern auch die Petersburger und Moskauer Zeitungen strenger denn je behandelt und auf Schritt und Tritt gemäßigert. Wie sehr die russische Presse geknebelt ist, geht aus folgenden Zirkularen hervor, die in den letzten Tagen denjenigen Zeitungen zugestellt wurden, die „ohne Präventivzensur“ erscheinen. Da heißt es u. a.: „Keinerlei Mitteilungen oder Artikel über den in Moskau bevorstehenden Kongreß der Semstwo- und Städtevertreter sind zuzulassen“; oder: „Innerhalb sechs Monaten sind keinerlei Mitteilungen oder Betrachtungen über die am 21. Mai d. J. im „Regierungsboten“ veröffentlichte Allerhöchste Verfügung bezüglich des Kapitäns Kadow erlaubt“; oder: „Innerhalb drei Monate sind keinerlei Mitteilungen über den in Moskau stattgehenden Semstwokongreß oder die durch diesen Kongreß hervorgerufenen Adressen, Telegramme und Beschlüsse zu bringen“; oder: „Es wird die Forderung wiederholt, der Polizei alle Artikel und Berichte, betreffend Streik, Unruhen und andre Demonstrationen zur Genehmigung vorzulegen“; oder: „Keinerlei Auszüge oder Mitteilungen aus dem Manuskript, betreffend die Dokumente über die Verhandlungen mit Japan im Jahre 1903/1904 zu machen, auch keinerlei Betrachtungen darüber anzustellen“; oder: „Ohne jedesmalige vorherige Erlaubnis der Administrativbehörde keinerlei Mitteilungen, Artikel oder Notizen über die von der Regierung nicht genehmigten Kongresse, Parteibildungen oder Versammlungen aller Art zu bringen“ usw. Es vergeht nicht ein Tag, ohne daß das ominöse Paket der Oberprüfungsverwaltung die Redaktionen beglückt. —

Letzte Nachrichten.

Sd. Moskau, 27. Juli. Generalgouverneur Trepow hat die Abhaltung aller geplanten Kongresse verboten. Das Verbot richtet sich nicht allein gegen den für den Herbst anberaumten Semstwokongreß, sondern auch gegen dessen häßliches Bureau. Das Bureau sollte permanente Sitzungen abhalten und bis September umfassende Arbeiten erledigen. Es verlautet, daß die Semstwo das Verbot nicht anerkennen werden. —

Sd. Sarikhan, 27. Juli. In der Wola-Verstadt zeigte sich ein Manifestantenzug mit einer roten Fahne. Die Militärpatrouille jener und löste eine Person. Auf der „Saharngasse“ in Sosnowice ereignete sich ein Zusammenstoß zwischen Arbeitern und Militär. Auf beiden Seiten wurden mehrere Personen verletzt. — In den Hütten- und Kohlenwerken von Dombrowska sind zahlreiche Anstände ausgebrochen, ebenso in mehreren Lohzger Fabriken. —

Sd. Lieban, 27. Juli. Ueber den Matrosenaufstand wird gemeldet: Da die Behörden mit Hilfe der Kosaken die aufständigen Matrosen nicht beruhigen konnten, wurde die Festungsinsanterie dazu kommandiert. Es wurde zweimal Feuer gegeben und zwar war Schloß worden, auf die Straße zu zielen. Aber bei beiden Seiten fiel kein einziger Matrose. Die Soldaten hatten in die Luft über die Köpfe der Matrosen gehalten und hätten ebenso immer weiter geschossen, wenn man noch jemand das Kommando gegeben hätte. Die Behörde beschloß sofort die Soldaten zurückzuziehen, damit die Sache sich nicht noch schlimmer gestalte. —

Gewerkschaftsbewegung.

Die Hafnarbeiterausperrung vor den Wiener Stadtverordneten. Wie bereits erwähnt, hatten fünf Parteigenossen, die im Stadtparlament sitzen, eine Interpellation an den Magistrat eingebracht, in der gefragt wurde, welche Maßregeln er in der Angelegenheit der „Ausperrung des Arbeiterpersonals der hiesigen Hafen- und Lagerhaus-Aktiengesellschaft“ zu treffen gedenke. Die Versammlung lehnte eine Besprechung der Interpellation ab, da es sich um eine Privatangelegenheit handle und städtische Interessen nicht in Frage kämen. Herr Wacke kam so um die Gelegenheit, sein sozialpolitisches Licht leuchten zu lassen. —

Die Berliner Tischler sind ausgesperrt, eine Folge der Lohnstreitigkeiten, die zuerst zwischen Maschinenarbeitern und Tischlermeistern ausbrachen. Bisher sind 560 Tischler und 245 Maschinenarbeiter ausgesperrt oder aussperrungsbereit. Ihre Zahl wird sich in den nächsten Tagen noch vermehren. —

Eine Aussperrung der Metallarbeiter in Schlesien wird angekündigt. Nach der Scherlpreffe traten in Breslau die Bevollmächtigten sämtlicher Mitglieder des Verbandes schlesischer Metallindustrie sowie die Bevollmächtigten der Breslauer Waggon- und Maschinenfabriken zu gemeinsamer Beratung zusammen, um sich über Abwehrmaßregeln schlüssig zu werden gegenüber den durch die Organisationen der Arbeitnehmer behufs Durchführung eines Lohntarifs in Szene gesetzten Drehereistreiks. — Es wurde beschlossen, daß bei sämtlichen hiesigen Firmen der bezeichneten Industrien alle organisierten Metall-, Eisen- und Revolverdrehler vom 1. August ab ausgesperrt werden, falls nicht bei einzelnen hiesigen Betrieben die in Ausstand getretenen Drehler am 31. Juli die Arbeit wieder aufgenommen haben. Bleibt diese Maßnahme ohne Erfolg, so schließen sämtliche bezeichneten Firmen am 9. August ihre Betriebswerkstätten. —

D. Die Bauarbeiterausperrung im Ruhrrevier. Die Erkartung der gewerkschaftlichen Organisation hat die Unternehmer im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, hier, wo das Schachtmacherelement am stärksten vertreten ist, sehr nervös gemacht. Wie hier die Genossenschaften erstarbt sind, dafür einige Zahlen. Im Jahre 1895 zählte das Ruhrrevier vielleicht 18 000 Organisierte, im Jahre 1899 waren es 40 000, 1904 rund 140 000 und zurzeit hat die Organisationsziffer 200 000 schon überschritten. Mit solchen Augen haben die Unternehmer diesem Antwachen zu, besonders auch bei den stolzen Bauherren wurde der Wunsch regiert, mit einem tüchtigen Schlag die Organisation zu vernichten. Als in diesem Jahr die Maurer in Dortmund mit Forderung eines Stundenlohns von 55 Pf. an das Unternehmertum heran traten, glaubte man die Zeit gekommen, den heiß genährten Gedanken in die Tat umzusetzen. Die allgemeine Aussperrung sollte das Baubremittel sein, durch welches den Gleichberechtigungsbedürfnissen der Arbeiter der Garaus gemacht werden sollte. Solchem Plan standen allerdings in einzelnen Orten, vornehmlich in Essen, Tarifverträge entgegen, da man den Kontraktbruch aber nur beim Arbeiter haßt, waren Tarife für die Bauproben kein Hindernis. Es kam zu der Aussperrung und damit zu dem Zwischenfall mit dem Essener Oberbürgermeister, den Vater des hiesigen Tarifs. Gerade in Essen haben sich die Unternehmer immer am hartnäckigsten den Arbeiterforderungen entgegengekehrt. Man sollte es kaum glauben, aber es ist Tatsache, im Jahre 1895 wurden hier Stundenlöhne von nur 35 Pf. gezahlt. Infolge der günstigen Konjunktur stiegen die Stundenlöhne bis auf 44 Pf. im Jahr 1900, um nach einem durch christliche Berräter verlorenen Streik wieder bis auf 41 Pf. zu fallen. Als die Organisation stark genug war, 1903 einen Stundenlohn von 45 Pf. durchzubrühen, merkte man, daß die Zeit des Alleinherrschens für die Bauhosen vorbei sei. Schon rüsteten die Arbeiter stark, um bessere Bedingungen zu erlangen, da ergriff Herr Zwingert die Initiative zum Abschluß des nun von den Unternehmern gedrohenen Tarifs, der für die Maurer einen Stundenlohn von 52 Pf. festlegte. An eine Wirkung ihres Vorgehens hatten die Herren wohl nicht gedacht. Die Unternehmer hatten den Vertrag gebrochen, die dadurch von aller Verbindlichkeit befreiten Arbeiter forderten nun, als Friedensbedingung, 55 Pf. Stundenlohn, gerade so wie ihre Kollegen in Dortmund. Und die stolzen Herren, die zunächst sich eifrig bemüht, ihr Vorgehen zu rechtfertigen, wünschen jetzt wohl dringend, die Kraftprobe nicht veranfaßt zu haben. Geistesiganten sie noch stolz, fiessicher, wenigstens so sich gebend, auf die Arbeiter hernieder, heute kommen sie schon zu Fuß. Die in der ersten Verhandlung in Essen am Dienstag zugefallene Einwilligung, den Essener Fall mit dem Dortmunder zusammen zu erledigen, sowie die Anerkennung der Zentralvorstände als Vertretungen der Arbeiter, entfallen grundsätzliche Zugeständnisse, die man bisher weit abwärts, denen in den weiteren Verhandlungen praktische Vorteile für die Arbeiter folgen werden. Das ist sicher, ohne Zugeständnisse können die Unternehmer den fruchtbareren Frieden nicht wiedererlangen. —

R. Der Bergarbeiterstreik auf den königlichen Kohlenwerken in Warsinghauzen ist beendet. Es ist eingetroffen, was man schon gestern als wahrscheinlich bezeichnet haben, daß die nun organisierte und gewerkschaftlich undisziplinierte Arbeiterschaft sich noch nicht als hinreichend fähig erwies, einen mit feuriger Eifer unternommenen Streik strategisch und taktisch wirksam zu führen. Die Dauer durchzuführen. Inzukunft, daß die brutale Ablehnung jeglicher Verhandlungen seitens der Bergbehörde mit der Vertrauenskommission der Bergleute eine große Anzahl über die Dauer und Ausfichten des Streiks erspreche, so daß schon Montag und Dienstag langsam aber unaufhaltsam größere Massen anbröckelten. Unter diesen Umständen überrast es, daß trotzdem die von der Bergbehörde inszenierte Komödie einer Versammlung von nur circa 350 Bergleuten (bei einer Belegschaft von circa 1900) bejubelt war und die Abstimmung die Ablehnung der Arbeiternahme mit überwältigender Majorität beschloß. Aber die Fortsetzung des Streiks, der schließlich nur noch verpuffen konnte, war taktisch nicht ratsam, und eine noch der Versammlung im Zehnerhause abgehaltene selbständige Versammlung der Streikenden beschloß nach Befürwortung des Bergarbeiterverbands-Sekretärs Guljmann einstimmig die Wiederaufnahme der Arbeit am Donnerstag früh. Man braucht sich nicht darüber hinweg zu täuschen, daß die Bergleute die Bestiegten sind, insofern als sie nicht die Kraft hatten, ihre Forderungen durchzusetzen. Sie sind aber nicht im besten Kampf etwa niedergelungen, sondern haben in der Erkenntnis der Unvollkommenheit ihrer Kampfvorbereitung aus rein taktischen Gründen den Kampf abgebrochen. Die sozial rückständigen und durch den jahrzehntelangen Druck der Regierung jedes energischen Selbständigkeitsgefühls baren Bergarbeiterchaft war für einen solchen Kampf noch nicht reif. Aber dennoch darf der Streik als ein Erfolg von nicht zu unterschätzender Bedeutung angesehen werden, insofern er einmal die Bergarbeiterchaft des Reichs wahrheitsgemäß, sie denken lehrte in wirtschaftlicher und gewerkschaftlicher Hinsicht, und weil jetzt zum erstenmal der Bergarbeiterverband seinen Fuß gefaßt hat. —

Ein Sendschreiben Gapons.

Georgji Gapon hat ein Sendschreiben an die russischen Arbeiter und Bauern verfaßt, das in hunderttausenden von Exemplaren nach Rußland geworfen werden soll. Die „Russische Korrespondenz“ übergibt zunächst die wesentlichsten Stücke der Dessenlichkeit in der Ueberzeugung, daß die packende wahrhaft volkstümliche Sprache des in seinem Vertrauen zum Zaren bitter enttäuschten Priesters auch von den Freunden der russischen Freiheitsbewegung in Deutschland, welche Partei sie auch immer ihre Sympathien entgegenbringen, gewürdigt wird. Sie behält sich vor, das ganze Sendschreiben in Broschürenform erscheinen zu lassen.

Das Sendschreiben beginnt mit einer in ihrer schlichten Einfachheit doppelt schönen Wiedergabe des Gleichnisses vom barmherzigen Samariter, das Gapon dazu benutzte, um die Rücksichtslosigkeit der Judenverfolgungen darzulegen. Dann heißt es weiter: „Deshalb bist du, mein armes Volk, anstatt ein barmherziger Samariter zu sein, häufig gegen das jüdische Volk nicht nur schlechter als der Levit und der Priester, sondern sogar schlechter als die wilden Räuber, weil du in finsterner Unwissenheit, Rechtslosigkeit und drückender Armut schmachtetst und weil du auf keine Weise dich aus deiner Not befreien kannst. Sie hält dich umklammert, festet sich an deine Fersen und treibt dich dazu, die letzten Kopfen zu verfrachten, dein Weib und deine Kinder zu mißhandeln; sie treibt dich ins Joch der Blutlauge — der Fabrikanten und Gutsbesitzer. Die Rechtslosigkeit fesselt deine Hände, unterdrückt jedes freie Wort und bringt dich zum äußersten. Wie arglistige Schlangen winden sich die Unwissenheit, Rechtslosigkeit und Armut um dein Herz, saugen jedes gute Gefühl aus ihm, verdrängen die Worte des Evangeliums, die Worte des Heilandes aus deiner Seele und hindern dich daran, bei deinen Taten ihrer zu gedenken. Diese Schlangen speien ihr Gift in dein schlechtes Menschenherz und füllen dein Hirn mit bösen und finsternen Gedanken. Und mancher Bauer und Arbeiter vernimmt nicht mehr die Stimme des gesunden Menschenverstandes, sie können die Wahrheit nicht finden, die Lüge von der Wahrheit nicht unterscheiden, er weiß nicht sicher, woher diese Schlangen kommen, wie sie sich vermehren und wer die Schlangenbrut über die ganze russische Erde, zum Wehe des Volkes, ausgestreut hat.“

Über die treuen Diener des „großen Drachen“ (Der Gebirgsdrache im russischen Märchen. Um. des Uebers.) die Vampyre, die kaiserlichen Beamten und ihre Anhänger, diese Volksverräter mißbrauchen voll boshafter Freude die Blindheit des Volkes, indem sie so den fürchterlichen Volksgorn von sich abwehren. Mit Aufbietung aller Kräfte verstreuen sie mit Schlangenlist ihre teuflischen Schmähungen und Verleumdungen über die russischen Fluren, damit sie selbst um so sicherer und gefahrloser das Blut des russischen Volkes saugen können; diese unersättlichen Vampyre verbreiten überall die schwarzen Lügen, daß alles Leid des russischen Volkes von den Antichristen, den Juden herstamme, daß auch die Rechtslosigkeit, Unwissenheit und bittere Not durch sie verursacht sei, und daß sie unsere wahren Feinde sind, die überall Unruhen und Aufruhr stiften.

Und was geschieht mit dem blutigen Gelde des Volkes ohne sein Wissen und seine Kontrolle? Wird es für die

Bedürfnisse des Volkes, für seine Aufklärung, für das Wohl und den Ruhm unseres russischen Vaterlandes verwendet? In wessen Hände befindet es sich und wer verfügt darüber? Die Juden? Nein, nicht die Juden, sondern der Zar und seine lieberliche Sippschaft, seine Minister und die ganze Bande ihrer Anhänger weltlichen und geistlichen Standes. (Für den kaiserlichen Hof und die kaiserlichen Verwandten werden alljährlich 16 Millionen Rubel, d. h. 16 tausend mal tausend Rubel, verausgabt; alles schwer erworbene Volksgelder. Außerdem noch zwei Millionen jährlich für die kaiserlichen Stallungen; dann befinden sich in den Händen der kaiserlichen Verwandten 8 1/2 Millionen Desjalinen Erde und Wald. Der Zar selber aber besitzt noch viel mehr, und viele Millionen Ein-

künfte von diesen Ländern und Grundstücken wandern in seine Tasche und die seiner Verwandten und Anhänger. Sie vergeuden diese Millionen und das Volk hungert.) Diese Volksfeinde verschwendenen schonungslos die Ersparnisse der Bauern und Arbeiter; befestigten Port Arthur und machten es wie sie sagten uneinnehmbar; sie bauten, wie sie sagten, unbestegbare Panzers- und Kriegsschiffe und eine Eisenbahn in dem fremden, fernen Mandschurien, die niemand brauchte. Sie verbrauchten, wie sie sagten, Millionen von Rubeln zum Ankauf von gutem und reichlichem Proviant, von Waffen und verschiedenem Kriegsmaterial für unsere armen Soldaten.

Nun, und was stellte sich heraus, weißt du es, mein russisches, unwissendes, reichloses Volk? Es zeigte sich, daß das alles von seiten des Zaren und seiner niedrigen Beamten nur Betrug, Lüge und Hohn war. Das Herz blutet vor Schmerz bei diesem Gedanken und man erinnert sich nur ungern daran.

Geliebte Brüder und Schwestern! Das Unglück wäre noch nicht so groß, wenn die blutigen, aus dem Volke erpressten Millionen, die für die so nötige Volksbildung verwendet werden sollten, nur den Zaren, die Großfürsten und ihre Anhänger bereichern würden; wenn diese Volksgelder nur für ihre zügellosen Ausschweifungen und für ihre Maitressen verschwendet würden. Der Rücken der Bauern, der gewohnt ist, sich zu bücken, würde auch das noch ertragen. Aber was noch schwerer, bitterer und schmerzlicher ist, ist, daß dank ihren Verbrechen gegen unser großes Volk durch sie, und nicht durch die Juden, eure Männer, Brüder und Kinder in diesem für unser geliebtes Vaterland so unzulässigen, schwachhellen und ruhmlosen Kriege in zahllosen Mengen zugrunde gehen.

Oh, russisches Volk, wo, wo sind deine Kinder, die man vom Boden, von der Arbeit und von ihren Familien losgerissen hat? Wo sind sie? Liegen sie tot auf dem Grunde des Ozeans und werden von den Untieren des Meeres gefressen oder haben ihnen auf den Feldern Mandschuriens die Raubvögel die Augen aus? Oder sind sie vor Hunger und Kälte durch die Fürsorge ihrer unfähigen Vorgesetzten und ihrer verräterischen Generale umgekommen?

Wo, wo sind deine Kinder, mein russisches Volk? Vielleicht sind sie, verwundet und verkrüppelt, in die Heimat zurückgekehrt, oder vielleicht wurden sie, die Wehrlosen, Unbewaffneten, am 9. Januar dieses Jahres, um der Wahrheit willen, in Petersburg und andern russischen Städten und Dörfern wie Lämmer hingeschlachtet?

Wo sind deine Kinder, mein armes unglückliches Volk? Sind sie in der Verbannung, fern von ihren hungernden Familien, oder schmachten sie in den Gefängnissen?

Oh, russisches Volk, wer frist jetzt deine Kinder — hat sie mit Säbeln und Nagaitas, durchbohrt sie mit Bajonetten und tötet sie mit Kugeln? Sind es die Juden? Nein! Das tuen die Minister Nikolais 2., die unersättlichen Vampyre, Verschwender und Volksverräter. Sie schicken ihre Kosaken- und Soldaten-Regimenter, d. h. deine andern Söhne gegen die armen Bauern, mit andern Worten, gegen ihre eigenen Väter und Mütter, sie schicken sie gegen die heldenmütigen Fabrikarbeiter, sie schicken sie gegen alle die, die ihr Leben für ihr Land und ihre Freiheit hingeben. —

Welche Zeitung soll der Arbeiter lesen?

Soll er die Blätter der bürgerlichen Parteien lesen, die, wie ein Blick ins öffentliche Leben zeigt, die Interessen des Volkes jeden Tag und jede Stunde verraten?

Soll er die sogenannte unbesangene Presse lesen, die den Arbeiter einfügt mit Klatschgeschichten und Schandnachrichten und mit der Parteilosigkeit die Bestimmungslosigkeit großzieht?

Weder das eine noch das andre soll der Arbeiter! Wie er sich, wo es gilt, seine wirtschaftlichen Interessen zu vertreten, zu verteidigen hält, so soll er es auch im politischen Leben, so soll er es auch in der Auswahl seiner Zeitung tun.

Dem Arbeiter das Arbeiterblatt, von dem er sicher ist, daß er in ihm einen sicheren Führer und treuen Freund in der Vertretung seiner Interessen, in der Aufklärung über die öffentlichen Vorgänge in Politik und Wirtschaftsleben hat.

Jede parlamentarische Debatte, jeder gewerkschaftliche Kampf zeigt, daß es in der heutigen Zeit nur ein Hilfen und Drücken gibt, daß, wer nicht für den Arbeiter, dann wider den Arbeiter ist.

Ein Arbeiter, der keine sozialdemokratische Zeitung liest, begeht einen Verrat an seiner Klasse, an sich und den Seinen; er ist mitschuldig, wenn die Rechtslosigkeit, die Unterdrückung und die Ausbeutung der werktätigen Bevölkerung weiter andauern.

Darum, Genossen und Arbeiter, abonnier auf die „Volksstimme“, das Blatt derjenigen Partei, die, wie immer, so auch in Zukunft die Interessen der Arbeiter, das Wohl und die Rechte der breiten Masse des Volkes vertreten wird.

Mit 1. August beginnt ein neues Abonnement. Denkt an eure Zeitung! Werbet ihr Freunde und Abnehmer! Weidet die bürgerliche Klatschpresse, unterstützt das Blatt des Volkes, die

„Volksstimme“.

Feuilleton.

Redaktion verboten.

Doktor Ohlhoff's Geheimnis.

Roman von Friedrich Thieme.

(12. Fortsetzung.)

„Du hast doch von dem Verschwinden des Doktor Ohlhoff gehört? Es stand doch am Dienstag Abend in den Zeitungen. Alle Leute sprachen davon. In der Schule habt Ihr sicher ebenfalls davon geredet. Nicht wahr?“ fragte der Staatsanwalt.“

Der Knabe antwortete nicht.

„Lassen Sie mich diesen Umstand erklären, Herr Staatsanwalt,“ mißachte sich der Vater mit einem Lächeln halber Berlegenheit ein. „Der Knabe schämt sich, es zu gestehen. Er ist sonst ein guter Junge, durchaus nicht schlecht oder hinterlistig. Der Fünfziger, den er von dem Fremden erhalten, muß ihm aber doch in die Augen gestochen haben, oder er beabsichtigte, sich etwas zugute zu tun, kurz, er hat mir und seiner Mutter das Geschenk verheimlicht. Seit die Geschichte des Doktor Ohlhoff von Mund zu Mund ging — ich habe sie selber zu Hause aus der Zeitung vorgelesen — bemerkte ich eine totale Veränderung in dem Benehmen des Jungen, er zeigte sich so still und ängstlich und guckte so unter sich. Wir dachten immer, seine Krämpfe kämen wieder. Auf einmal findet meine Frau gestern Abend in seiner Hosentasche, die sie flüchten will, drei Groschen. Woher hat Karl das Geld? Wir zerbrachen uns umsonst den Kopf. Natürlich kriegt ich den Bengel heute morgen vor, da fängt er an zu heulen und gesteht mir alles.“

„Ist das so wahr, Karl?“

Karl Bode schluckte eine bejahende Antwort.

„Und Sie meinen nicht, daß der Kleine Sie belogen hat, um etwa einen unredlichen Erwerb des Geldes auf diese Weise zu verstreken?“ wandte sich Rodbert an den Vater.

„S wo wird er. Mein Junge ist ehrlich, Herr Staatsanwalt, wir sind ehrliche Leute. Erkundigen Sie sich beim Herrn Biergarteninspektor, ob nicht jeder den Bode als ehrlichen Mann kennt.“

„Ja, ja, ich glaube Ihnen schon; aber ein Kind —“
„Fragen Sie seinen Lehrer, er ist ehrlich und lügt auch nicht. Der Teufel hat ihn eben verlockt, weil er sonst nie joviell Geld in die Hände bekommt, von dem wir nicht wissen; wie er nun von dem Verbrechen hörte, ist's ihm höllisch bange geworden, er wollte auch gar nicht mit aufs Gericht und fragte mich unterwegs immer, ob er nun eingesteckt würde.“

Walter und Sohn begleiteten den Professor in die —straße. Lindner ließ sich die Laterne zeigen, unter welcher der Doktor gestanden haben sollte, sowie die Stelle, wo der fremde Mann den Knaben angesprochen hatte. Die Laterne befand sich kaum fünfzig Schritte von des Doktors Hause entfernt, ein Umstand, welcher die Glaubwürdigkeit des von dem Kinde erstatteten Zeugnisses wesentlich erhöhte.

„Warum?“ fragte Melanie, als der Professor, der nach der Entfernung seiner Begleiter in Doktor Ohlhoff's Wohnung erschien, im Anschluß an seinen Bericht die betreffende Tatsache besonders betonte.

„Weil es unwahrscheinlich wäre, daß sich Herr Doktor Ohlhoff noch eine Zigarre angebrannt hätte, wenn er sich in allzu großer Nähe des Cafes befand. Sie haben aus meiner Erzählung gehört, daß der herrschende Wind das Anzündend der Zigarre erschwerte, daß der Doktor Streichhölzchen auf Streichhölzchen fortwarf. Befand er sich nun in unmittelbarer Nähe seines Ziels, so würde er sich die Bemühung erspart und die kleine Operation nach seinem Eintritt ins Cafe vorgenommen haben. So aber in nächster Nachbarschaft der Wohnung, wird der Umstand glaublich. Dem Doktor kam nach dem Verlassen des Hauses das Verlangen nach einer Zigarre an, er gedachte, den Weg rauchend zurückzulegen, er stellte sich unter die Laterne und versuchte, sich den geliebten Genuß zu verschaffen.“

„Sehr scharfsinnig argumentiert, Herr Professor. Nur ein Punkt ist mir noch unklar.“

„Welcher?“

„Der Knabe weiß nicht das mindeste über meines armen Schwagers Persönlichkeit anzugeben, dagegen will er den kleinen Umstand benennen, daß er ein Streichhölzchen nach dem andern fortwarf — liegt darin nicht ein Widerspruch?“

„Nein, gnädiges Fräulein. Der Knabe trat mit seinem Brief an den Doktor heran, während dieser sich eifrig mit der Zigarre beschäftigte. Offenbar nahm Herr Doktor Ohlhoff nicht eher Notiz von ihm, bis er mit dem Anzündend der Zigarre zustande gekommen war. Bis dahin wandte er vielleicht dem Jungen den Rücken zu. Dieser konnte also die das Anzündend begleitenden Manöver sehr wohl wahrnehmen, ohne im übrigen Gelegenheit zu finden, sich mit der Person des Briefempfängers vertrauter zu machen, da er nach Vollziehung seines Auftrags sofort davonlief.“

„Und glauben Sie nun auf Grund der Aussage des Kleinen die Aufklärung des mysteriösen Falles herbeiführen zu können?“

„Ich fürchte, wir haben nur wenig dadurch gewonnen. Höchstens die Wahrscheinlichkeit, daß in der Tat ein Verbrechen vorliegt, und daß der Doktor wirklich auf seinem Gange nach dem Cafe abgerufen worden ist. Alles weitere hängt davon ab, ob es uns gelingt, den unbekanntem Uebertreter des Briefchens zu entdecken.“

„Wie wollen Sie aber das bewerkstelligen?“

Rodbert zuckte auf die Frage Melanies, wie er die Ermittlung des Briefschänders bewerkstelligen wolle, die Melanie. „Ich könnte wiederum eine Bekanntmachung veranlassen, worin der Unbekannte so gut konterfeiert wird, als es nur möglich ist, und das Publikum aufgefordert wird, der Polizei zu seiner Auffindung behilflich zu sein. In dessen Falle es für besser, nicht so zu verfahren. Die Schilderung des Knaben ist so allgemein, daß auf Grund derselben eine bestimmte Persönlichkeit nicht zu fassen ist. Ich zweifle sogar, daß er imstande sein würde, den Mann, selbst wenn wir denselben habhaft würden, zu identifizieren. Durch die Veröffentlichung der Aussagen würde der Betreffende nur gemarnt werden. Daher habe ich dem Vater und dem Knaben strengste Discretion zur Pflicht gemacht, mit Hinzufügung des Versprechens, sie würden, wenn wir durch das Zeugnis auf die richtige Spur geraten, vielleicht einen Teil der ausgegebenen Belohnung erhalten. Und auch Sie, gnädiges Fräulein, bitte ich um verständigere Behandlung der Sache bis auf weiteres.“

(Fortsetzung folgt.)

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 27. Juli 1905.

Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins am Mittwoch den 26. Juli im „Reichsausschuss“. Kurz nach 8 1/2 Uhr wird die gut besuchte Versammlung vom Genossen Vater mit der Mitteilung eröffnet, daß Genosse V e i t h e die Leitung übernehmen muß, da er etwas heiser sei. Nach Bekanntgabe der Tagesordnung beantragt Genosse R a h e, den Punkt 3 — Bericht vom Schiedsgericht in Sachen Albert-Wader — als zweiten Punkt, und die Beratung Wendlands gegen den Beschluß des Ausschusses als dritten Punkt zu verhandeln. Der Antrag wird angenommen. Ein weiterer Antrag, zum ersten Punkt der Tagesordnung, betreffend den Parteitag der deutschen Sozialdemokratie, kein Referat halten zu lassen, wird nach Einspruch des Vorsitzenden abgelehnt. Ebenso abgelehnt wird ein Antrag H e d, der die Punkte 2 und 3 der Tagesordnung gemeinsam behandelt wissen will. Nach Erledigung dieser Geschäftsordnungsdebatte erhält das Wort Genosse Haupt. Redner erklärt, daß es ihm bei der Sorge der ihm zur Verfügung stehenden Zeit nicht möglich sei, alle auf den Parteitag bezüglichen Fragen eingehend zu erörtern; er wolle sich daher auf die wichtigsten Punkte beschränken. Als ein solcher sei die Veränderung des Organisationsstatuts anzusehen. Nach einer Erörterung desselben unter Bezugnahme auf die von der Magdeburger Genossen gestellten Änderungen behandelte Redner noch die Kaiserfrage, die durch den Gewerkschaftsstreik in Köln zu einer brennenden geworden sei, sowie die Frage des Generalstreiks, die vorwiegend in Jena zu lebhaften Erörterungen Anlaß geben wird. Redner spricht am Schluß seiner mit Beifall aufgenommenen Ausführungen die Erwartung aus, daß der Parteitag in Jena für die politische Organisation derjenigen Waffenschmied wird, mit denen es der Sozialdemokratie für die Folge möglich ist, den Staatsfeindern von oben erfolgreich entgegenzutreten zu können.

Genosse G r i e ß stellt hierauf den Antrag: Den Parteivorstand nach dem Parteitage zu beauftragen, in den Wahlkreisen, wo sich der Nachwähler ein Stimmereignis bemerkbar gemacht habe, bis zur nächsten Hauptwahl durch Reichstagsabgeordnete eine intensive Agitation zu entfalten.

Genosse M ä l l e r ist für Ablehnung dieses Antrages. Die Redaktion der „Volksstimme“ habe diese Erscheinung nicht unterschätzt. Sie sei aber nicht in einer mangelhaften Agitation zu suchen, sondern sei in den allgemeinen Verhältnissen begründet. Nicht in den wenigen Wahlkreisen, in denen Nachwähler stattgefunden haben, müsse intensiver agitiert werden, sondern in allen Kreisen. Und daß dieses geschieht, verheißt sich von selber. Der Antrag G r i e ß reumt bloß offene Türen ein. Der Antrag G r i e ß wird abgelehnt, die vom Vorstand des Vereins vorgeschlagenen Änderungen bezw. Ergänzungen zum Organisationsentwurf hingegen angenommen.

Die Anträge zum Parteitag lauten:

1. Dem § 3 des Organisationsstatuts folgende Fassung zu geben:

§ 3. Ueber die fernere Zugehörigkeit zur Partei entscheidet ein Schiedsgericht, das der Parteivorstand beruft. Der Antrag auf Einsetzung eines solchen Schiedsgerichts kann nur durch eine Parteiorganisation gestellt werden.

Das Schiedsgericht besteht aus sieben Mitgliedern, von denen der Parteivorstand den Vorsitzenden und zwei Beisitzer und je zwei weitere Beisitzer der Angeklagten und die antragstellende Organisation zu bezeichnen haben. Wird von mehr als einer Organisation in derselben Sache die Einsetzung eines Schiedsgerichts beantragt, so hat die Organisation die von der Organisation zu ernennenden Beisitzer zu bezeichnen, die den Antrag zeitlich zuerst stellte. Die Beisitzer des Schiedsgerichts sind möglichst unter den Parteigenossen des Bezirksverbandes zu wählen, dem der Wohnort des Angeklagten angehört.

Der Ausschluß aus einer Parteiorganisation kommt dem Ausschluß aus der Gesamtorganisation gleich und kann daher auch nur im Wege des vorstehend festgesetzten schiedsgerichtlichen Verfahrens erfolgen.

2. Dem § 11 des Organisationsstatuts folgende Fassung zu geben:

§ 11. In allen Wahlkreisen, in denen keine Parteiorganisation vorhanden ist, haben die Parteigenossen eine oder mehrere Vertrauenspersonen zu wählen, deren Adresse sofort dem Parteivorstand mitzuteilen ist. Die Art der Wahl bleibt den Parteigenossen überlassen.

Der Vorsitzende teilt nunmehr mit, daß in Anbetracht der infolge der Kürze des Tagungsberichtes geringen Kosten bei Beschickung des Parteitages der Vorstand vorschlägt, drei Delegierte zu entsenden. Auch die Wichtigkeit der Tagesordnung läßt dafür in Betracht.

Hierüber kommt es zu einer lebhaften Debatte. Genosse P a r t e i s meint, daß um einen Bericht geben zu können, zwei Delegierte genügen.

Genosse H e d ist derselben Ansicht. Das Geld für den dritten Delegierten könne besser zur Agitation verwendet werden.

Genosse G r o ß k o p f tritt ebenfalls für zwei Delegierte ein. Ebenso die Genossen P a d e n m a c h e r und K n ö l l e r.

Genosse H e n n i n g ist aus verschiedenen Gründen für drei Delegierte.

Beischlossen wird schließlich, zwei Delegierte zu entsenden. Vorgeschlagen werden als solche die Genossen W e n d e r, R i c h t e r, G i e s e l e, B r a n d e s und H a u p t. Da alle Kandidaten bis auf G i e s e l e und H a u p t ablehnen, werden diese als Delegierte gewählt. Damit ist der erste Punkt der Tagesordnung erledigt.

Zum Punkt 2, Bericht vom Schiedsgericht in Sachen Albert-Wader, wird der Vorschlag des Vorsitzenden, den Genossen Wader den Bericht erlassen zu lassen, von verschiedenen Seiten bekämpft, da Wader in dieser Sache doch Partei sei.

Ein Antrag des Genossen W e n n i c k e, mit diesem Bericht einen der Schiedsrichter zu betrauen, wird abgelehnt.

Auf Wunsch des Vorsitzenden gibt Genosse W a d e r, der den Sitzungen des Schiedsgerichts mitbringt, einen Überblick über die dort gepflogenen Verhandlungen. Da sämtliche Schiedsrichter in dem Händchen der Schiedsrichter verblieben sind, sei es leider nicht möglich, über die Sachverhalte der Berichtserstattung zu unterrichten. Der Umstand, daß einer der Schiedsrichter für den Genossen Wader, der Genosse W a d e r, vor der Zeit durch die Krankheit seines Kindes abberufen wurde, habe schließlich zu einer Verkürzung der Verhandlungen geführt. Schon nach verhältnismäßig kurzer Zeit der Verhandlung hätte Genosse W a d e r erklärt, daß er von allen Beschuldigungen, die er gegen Genossen Wader geltend, keine aufrecht erhalten konnte, als die, Genosse Wader hätte das Bestreben gehabt, ihn aus der Redaktion herauszubringen. Das auch hierin Genosse W a d e r geirrt, hätte Genosse Wader durch Zusage bestätigen können. Dieser Widerspruch hätte ermöglicht die Abklärung der Verhandlungen, die dann mit dem bekannten sog. „Vergleich“ endeten.

Ein Antrag des Genossen W a d e r, über diese Sache keine Diskussion stattfinden zu lassen, wird angenommen.

Hierauf wird in die Verhandlung des Punktes 3 der Tagesordnung: Berufung Wendlands gegen den Beschluß des Ausschusses eingetreten. Der Vorsitzende teilt mit, weshalb sich die Generalversammlung noch einmal mit dieser Sache zu beschäftigen habe.

Genosse V i t t o r i e s gibt einen kurzen Bericht über den Gang der Verhandlung, wie sie sich in dieser Sache vor dem Ausschuss abgespielt hat. Gegen eine Summe der Anschuldigungen Wendlands gegenüber sind die Aussagen der Zeugen Albert-Wader, der Ausschluß Wendlands als zu Recht befehlig. Redner ermahnt, daß die Versammlung des Deutschen Reichstages um Wiederannahme in die deutsche Parteiorganisation abzulegen möge.

Wendland ist sehr verstimmt, er wolle sich wegen seines Verhaltens in dieser Angelegenheit zu rechtfertigen. Es hätte ihm vollständig sein können, aus persönlichen Motiven den Genossen Wader anzugreifen. Nur um den bekannt gewordenen Umständen auf den Grund zu gehen und im Interesse der Allgemeinheit habe er eine Untersuchung gewünscht. Das Anrufen aller Instanzen könne doch als ein Mangel an Ehrlichkeit nicht angesehen werden. Redner des Material einmal da war, konnte es doch nicht hinter dem Spiegel ge-

redet werden. Er habe nicht verstanden, ebensowenig wie man ihm den Vorwurf der Feigheit machen könne. In der letzten Generalversammlung habe er doch selbst erklärt, daß seine Meinung über Albert eine andere geworden sei. Redner ist der Meinung, in gutem Glauben gehandelt zu haben und erachtet deshalb, den früheren Beschluß auf Ausschluß aus der örtlichen Organisation wieder aufzuheben.

Genosse W a d e r führt aus, daß es leblich einem formellen Umstand zuzuschreiben ist, wenn sich die heutige Generalversammlung noch einmal mit dieser Sache zu befassen hat. Eine schmutzige und unedle Angelegenheit wird durch lange Reden nicht reiner und edler. Wendland kommt wieder mit der Ausrede, er sei nicht aus persönlichen Motiven vorgegangen, er hätte den Brief Alberts sofort ausgedrückt und dergleichen mehr. Das eine ist so wenig wahr, wie das andre. Es hat erst langer Debatten bedurft, bevor Wendland seinen Gewährenmann preisgab. Redner schildert chronologisch die Entwicklung der Angelegenheit. Wendland wurde wiederholt aufgefordert, seinen Gewährenmann zu nennen. Er erklärte aber, das sei nicht möglich. Er wolle kein „Denunziant“ sein. Erst als Wendland merkte, was für ihn auf dem Spiele stand, habe er Albert genannt.

Zu der Sache selbst, um die es sich handelt und die den Ausschluß Wendlands zur Folge gehabt hat, ist inzwischen keine Veränderung erfolgt. (Rufe: Doch!) Auf diesen Einwand war ich vorbereitet! Albert bleibt zwar in der Partei und gehört auch der örtlichen Organisation in Breslau an, während Wendland aus der örtlichen Organisation ausgeschlossen worden ist, bis jetzt aber noch Mitglied der Gesamtorganisation ist. Wendland ist deshalb nicht schlechter gestellt als Albert. Albert schleppt als Strafe seine Schuldenerklärung mit sich herum. Er war der Fehler, Wendland der Fehler. In Parteitreffen hat es vielfach Bekunden erregt, daß ich mich auf einen „Vergleich“ eingelassen habe. Das ist aber kein „Vergleich“ gewesen, sondern eine Schuldenerklärung, der Albert seine Zustimmung geben mußte. An mir bleibt kein Stübchen hängen, während die Parteigenossen vor Albert gewarnt sind. Wenn also Albert alles dieses von Rechts wegen mit sich herumzuschleppen muß, dann gebührt Wendland, der ihn geduldet hat, das gleiche. Ein solcher Patron gehört nicht in unsere Reihen. (Lärm.) Jawohl, Patron! (Wader in größter Erregung zu Wendland): „Ich habe noch ganz andre Ausreden für Sie!“

Wendland sagt, er hätte noch nie gelogen, und doch hat er sich in der letzten Generalversammlung hier die dicksten Lügen nachsagen lassen müssen. (Wendland schüttelt mit dem Kopf.) Wader zu Wendland: „Aus Ihren eigenen Briefen, die von Ihnen unterzeichnet sind, ist dies nachgewiesen!“ Wer so viel auf dem Kerbholz hat wie Wendland, der hat alle Ursache, ruhig zu sein und nicht auf eine so gemeine Art und Weise zu intrigieren. Die Partei muß sich von solchen Elementen säubern. Die Art, wie Wendland mit seinen berühmten fünf Fragen, die aus dem Albertschen Brief abgeschrieben waren, an den Ausschuss herantrat, um mit ein Verin zu stellen, war einfach hunsdamein. Wer mir meine Ehre nimmt, der nimmt mir alles — das habe ich an dieser Stelle schon einmal gesagt —, und wer so etwas tut, der gehört nicht unter uns. (Lebhafte Beifall.)

Genosse H e d beklagt, daß gegen Wader vom ersten Tage seines Hierseins an agitiert worden sei. Es sei gegen das System der Agitation agitiert worden. Die Zeitung wird jetzt mit mehr Wissen redigiert. Wendland hat derzeit zwar nicht richtig gehandelt, aber das war aus seinen Verhältnissen erklärlich. (Zuruf: Feintemoral.) Redner verteidigt dann das weitere Verhalten Wendlands. Er habe sich bewahrt, wenn er auch viele Dummheiten gemacht habe. Entgegen Waders Meinung hat sich die ganze Sache aber doch geändert. Albert hat Wendland das Material geliefert und Wendland hat es benutzt. Der Urheber Albert bleibt dem in der Partei und Wendland wird ausgeschlossen. Das ist nicht richtig. Wenn der Ausschluß aufrecht erhalten wird, begeht die Partei eine ehrsüchtige Handlung. (Lärm.)

W e r g e r stellt den Antrag auf Schluß der Debatte, weil kein neues Material vorliege. Nach spricht dagegen.

Der Schlußantrag wird angenommen.

W e n d l a n d (persönlich): Daß ich gesagt habe, Wader sei mir unsympathisch, bezog sich nur darauf, daß ich ihm kein Material überlassen möchte. Die Erklärung Waders, daß ich gelogen habe, trifft nicht zu. Die Verfehlungen, die ich früher begangen haben soll, sind nicht richtig geschildert worden. Vor allen Dingen wurde weggelassen, daß mir damals der Parteivorstand schrieb, ich solle mir eine bürgerliche Stellung verschaffen, da die Partei mir schwerlich eine nachweisen könne. Ich bitte Sie, zu beschließen, die von mir beantragte Untersuchungskommission einzusetzen.

In der nun folgenden Abstimmung wird der Antrag Wendland auf Aufhebung des Ausschlußbeschlusses abgelehnt.

Dann wird unter teilweisem Widerspruch der Versammlung der Antrag auf Einsetzung einer Untersuchungskommission zur Debatte gestellt.

W a d e r: Wendland ist nicht mehr Mitglied der örtlichen Organisation. Deswegen kann eine Untersuchungskommission nicht eingesetzt werden. Mitglied der Gesamtorganisation ist Wendland geblieben, daher kann er höchstens die Einsetzung eines Schiedsgerichts beim Parteivorstand beantragen. Für die Organisation in Magdeburg ist die Sache erledigt.

W a d e r erklärt, das von ihm vorgebrachte Material gegen Wendland nach Wendlands eigenen Angaben vorgebracht zu haben. H e d meint, es sei verkehrt, daß Leute in die Sache eingreifen, die dabei interessiert seien. Er setze zu Wendland nicht in näheren Beziehungen.

G i e s e l e hält es für verkehrt, daß noch eine Untersuchungskommission eingesetzt werde, da sich schon Instanzen genug damit beschäftigen haben. Wendland appelliert an das Mitleid. Wir haben aber schon viel zu viel Mitleid walten lassen.

Die Einsetzung einer Untersuchungskommission wird abgelehnt.

Ein Antrag, die übrigen Tagesordnungspunkte abzusehen, wird angenommen mit der Maßgabe, daß diese Punkte bei der Berichterstattung über den Parteitag erledigt werden sollen.

Schluß 11 1/2 Uhr.

Wieder Hauschlüssel hat der Wirt dem Mieter zu liefern? Diese Frage wurde vor kurzem in der „Deutschen Juristenzeitung“ behandelt. Nach ihr hat der Mieter darauf Anspruch, daß der Vermieter ihm und seinen Hausgenossen durch Lieferung mehrerer Hauschlüssel den jezeitigen Eintritt in das Mietshaus ermöglicht. Daraus folgt aber nicht die Pflicht des Vermieters, dem Mieter, der vielleicht eine große Anzahl von erwachsenen Hausgenossen hat, eine dieser entsprechenden Anzahl von Hauschlüsseln zu liefern; immerhin wird das Verlangen der Lieferung von drei Hauschlüsseln billigerweise gerechtfertigt sein. Andererseits gilt als selbstverständlich vereinbart, daß der Mieter berechtigt ist, sich auf seine Kosten noch weitere Hauschlüssel anfertigen zu lassen, soweit er deren für seine Hausgenossen bedarf. Der Mieter braucht also hierzu nicht die besondere Genehmigung des Vermieters. Diese vom Mieter auf eigene Kosten angeschafften Hauschlüssel werden Eigentum des Mieters. Ferner gilt als stillschweigend betrachtet, daß jedes Weis- oder Gebrauchsrecht des Mieters an diesen von ihm angeschafften Schlüsseln — obwohl sie sein Eigentum sind — mit Beendigung des Mietvertrags aufhört, so daß also der Mieter am Ende der Mietzeit sofort die ihm gehörigen Schlüsseln unbrauchbar zu machen verpflichtet ist (sofern nicht eine andere Vereinbarung dahin, daß der Vermieter in genügender Zahl nachkommt, kann der Mieter sich die ihm rechtswidrig verteilten Hauschlüssel selbst beschaffen und Erlaß der Kopien vom Vermieter beanspruchen).

Für die Schützenfest- und Stadtpark-Besucher gilt folgende Bekanntmachung des Polizeipräsidenten. Während des Schützenfestes der Magdeburger Schützenvereine auf den Schießständen der Knieholz-Wiese vom 30. Juli bis 7. August 1905, und zwar am 30. Juli von 3 bis 8 Uhr nachmittags, am 31. Juli von 10 Uhr vor- mittags bis 8 Uhr nachmittags, vom 1. bis 7. August von 3 bis 8 Uhr nachmittags werden die in der Schießlinie liegenden Promenadenwege durch Barrenstapeln bezeichnet und durch Zeichen abge-

perzt werden. Zur Verhütung von Unglücksfällen wird das Publikum gewarnt, das gesperrte Gelände zu betreten, und aufgefordert, den Befehlen der aufgestellten Sicherheitsposten Folge zu leisten.

Provinz und Umgegend.

Cracau, 27. Juli. (Die Leiter aller Arbeiterorganisationen) in Cracau werden gebeten, am Sonnabend, abends 9 Uhr, in der „Schweizerhalle“ zu erscheinen, um über Maßnahmen zu beraten gegen die Handlungsweise der Buchdruckerorganisation, die im „Kaisergarten“ ein Vergnügen abhält.

Diebstahl, 26. Juli. (Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins.) Am Sonnabend den 26. d. M. hielt der Sozialdemokratische Verein seine Mitgliederversammlung ab. Der wichtigsten Tagesordnung wegen ist es Pflicht eines jeden Genossen, pünktlich um 8 Uhr abends bei Hilbrandt zu erscheinen.

Unglücksfälle, 26. Juli. (Glücklich verhaltener Eisenbahnunfall.) Als der Schrankenwärter an der Stationerhöhe zu dem Zuge 529 nachmittags bereits die Schranke schloß, unternahm es ein Geschirrführer, mit einem mit Hafer beladenen Kollwagen den Uebergang noch zu passieren. Hierbei traf der stadtheilig gelegene Schlagbaum den Hinterteil des Wagens, wodurch mehrere Säcke Hafer zur Erde fielen. In dem Moment passierte der Zug den Uebergang. Glücklicherweise lagen die Säcke einen halben Meter von dem vom Zuge befahrenen Gleise, wodurch der Zug ungehindert passieren konnte. Weider geschieht die Unfälle sehr oft, daß während des Schließens der Schranke Fahrwerke noch den Uebergang passieren wollen.

Barneberg, 26. Juli. (Wegen Sittlichkeitsverbrechen) wurde hier am Sonntag abend der Obersteiger und Betriebsführer B. Böhme verhaftet. Wie verlautet, soll er seine Verfehlungen schon geraume Zeit betrieben haben. Böhme war eine große Ordnungsfürge. Wandle sich einmal ein Arbeiter an ihn wegen Lohnrückzahlung, so hatte er in der Regel die Antwort: „Nacht doch nicht soviel Kram, dann kommt Ihr auch aus!“

Staufenburg a. S., 27. Juli. (Massenbergiftung.) In Hubegeß, dem hochgelegenen Dorf des Harzes, sind dieser Tage unter den dortigen Sommergästen etwa 40 Erkrankungen vorgekommen, so daß auch die beiden Ärzte aus Bennedekstein geholt werden mußten. Man vermutet, daß die Erkrankungen auf den Genuß der Speise beim Mittagmahl in einem dortigen Hotel zurückzuführen sind, zumal auch unter dem Personal dieses Hotels gleiche Erkrankungsfälle vorgekommen sind.

Steinrode, 25. Juli. (Schrecklicher Tod.) Das 1 1/2 Jahre alte Söhnchen des Hotelbesizers Werkmeister hatte beim Spielen mit Streichhölzern das Bett, in dem es lag, in Brand gesteckt. Mit Brandwunden an der Brust wurde das Kind später als Leiche aufgefunden.

Borne, 27. Juli. (Neue Untersuchungsmethode.) Da es hier für junge Leute an der nötigen Unterhaltung fehlt, begnügen sie sich des Abends damit, an den allgemeinen Turngeräten, an denen sie als Schüler ihre Übungen zu machen hatten, zu turnen. Vor einigen Wochen brach nun an dem unter freiem Himmel stehenden und schon morich gewordenen Barren ein Holm, was zu einer merkwürdigen Untersuchung Anlaß gab. Um den „Verbrecher“ herauszufindenden, geht der Gedanke an die Wohnungen derjenigen Einwohner, deren Söhne angeht bei der Turnerei mit anwesend waren. Zum Teil ließ er die Missetäter herauskommen und stellte im Freien ein hochpotentielles Verhör an. Das ist natürlich nicht nach jedermanns Geschmack und wird es daher begrifflich, daß der Einwohner Kreuzberg, dessen Brudersohn ebenfalls in der angegebenen Weise verunmündet wurde, dagegen protestierte. Hierbei kam es aber zu einem Rencontre, das wahrlich noch ein gerichtliches Nachspiel haben wird. Der junge K. wurde trotz des Protestes nach dem Turnplatz geführt, wo vom Gedarm in Gegenwart einiger Lehrer und einer großen Anzahl von Schülern die Vernehmung des K. fortgesetzt wurde. Wir meinen, daß es um einen von der Bitterung morich gewordenen Barren nicht nötig ist, einen derartig großen Apparat in Szene zu setzen. War der Barren durch Fällnis schon nutzlos geworden, so mußte ohnehin eine Erneuerung stattfinden, bevor vielleicht ein Schüler mit dem Turngerät zusammenbrach.

Burg, 27. Juli. (Wurstelei.) Ueberall wird von einwärts, vollen Männern danach hingestrebt, Verfehlungen der Krankenkassen anzubahnen, damit diese leistungsfähiger werden. Hier jedoch macht man es umgekehrt und gründet noch eine neue Krankenkasse, die der Textilarbeiter. Bisher gehörten diese der Fabrikarbeiter-Ortskrankenkasse an. Bis zu dem Augenblick war keine Textilarbeiterkrankenkasse notwendig, da noch keine organisierten Arbeiter in dem Vorstand der Fabrikarbeiter-Ortskrankenkasse saßen. Eines schönen Tages entdeckte man denn auch plötzlich, daß ein Zusammenarbeiten mit diesen gar nicht dem Geschmack verschiedener Arbeitgeber der Textilbranche entsprach. Da reifte denn der Plan, eine eigene Textilarbeiterkrankenkasse zu gründen, in der man dann nichts mehr zu fürchten hat, weil kein Organisationsrat es dann wagen wird, im Krankenkassenvorstand die schöne Harmonie zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer durch entgegen gesetzte Meinungen einmal zu stören. Friedlich wird alles vor sich gehen, friedlich werden die Arbeitgeber tonangebend sein; um des lieben Friedens willen werden die Arbeitnehmer schweigen. Genährt und propagiert wurde der Gedanke der Kassen-gründung seitens einzelner Arbeitgeber noch dadurch, daß aus irgend einer früheren Vereinigung oder was es sonst war, noch circa 6000 Mark vorhanden waren, die das Grundkapital der neu zu gründenden Kasse bilden sollen, und jetzt auch bilden. In einer kürzlich abgehaltenen Versammlung der in der Textilbranche beschäftigten Personen wurde dann die Gründung einer eigenen Kasse beschlossen. Diese unnötige Zerplitterung muß aufs schärfste verurteilt werden, da doch erfahrungsgemäß die Mitglieder der Kasse diejenigen sind, welche den Schaden davon haben und nicht diejenigen, welche vermöge ihres Einflusses die Gründung solcher Kassen veranlaßt haben.

Burg, 27. Juli. (Einbruchsdiebstahl.) In der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch stahlte ein Dieb dem Schmiedischen Kaffeegeschäft, Schartauerstraße, einen Besuch ab. Ihm fielen ungefähre 70-80 Mk. in die Hände. Die entleerte Kaffee- und Kaffebohnen- und ein Postenlieferungschein wurden am Mittwoch früh in der Franzosenstraße gefunden.

Salberstadt, 26. Juli. (Ein gräßlicher Mord.) In das hiesige Gerichtsgefängnis Peterhof wurde der Steinklopfer Karl Achilles aus Ströbed eingeliefert, der dortselbst in der Nacht zum 25. Juli gegen 3 Uhr seine Frau im Bett mit einem langen Messer erschlug. Das Messer hat Achilles am Abend vorher geschliffen. Als ihn seine Frau fragte, warum er das Messer scharf mache, gab er zur Antwort, er wolle am anderen Morgen damit Schinken schneiden. Nachdem die Frau den tödlichen Stich erhalten, hatte sie noch so viel Kraft, aus dem Bett zu springen und um Hilfe zu rufen, darauf brach sie zusammen. Der schnell herbeigeeilte Arzt konnte nicht mehr helfen; der Tod trat nach kurzer Zeit ein. Nach vollbrachter Tat sprang der Mörder, nur mit dem Hund beladend, aus dem Fenster und flüchtete in die Felder, wohin er verfolgt und dann dingfest gemacht wurde. Die Ursache des Mordes ist noch nicht bekannt. Dies ist nun der dritte Mord, der in kurzer Zeit in unserer Gegend verübt wurde.

Gerichts-Zeitung.

Sandgericht Salberstadt.

Sitzung vom 26. Juli 1905.

Drohung. Der Arbeiter Wilhelm Wange aus Grönningen schrieb im April 1905 an den Kreisinspektoren Pastor Glashaar einen Brief, in welchem er ankündigte, wenn sein Sohn nicht konfirmiert würde, wolle er den Pastor totschießen. Wange wird wegen dieser Drohung mit 2 Wochen Gefängnis bestraft. Pastor Glashaar wird in eine Geldstrafe von 15 Mk. genommen, weil er als geladener Zeuge zum Termin nicht erschienen ist.

Warenhaus Gebr. Barasch

Donnerstag - Freitag - Sonnabend

Drei Spezial-Tage für Damen-Gürtel

Lack-Gürtel

gerade und geschweifte Form

Stück **10** Pf.

ca. **2500** Stück

Falten-Gürtel

In allen modernen Kleiderfarben

Stück **25** Pf.

Leder-Gürtel

gerade geschweift und in Falten, in weiß und allen moderner Farben

Stück **45** Pf.

Leder-Gürtel

gerade und geschweifte Form, mit eleganten Schließen

Stück **65** Pf.

Leder-Gürtel

gerade und Falten, in modernen, breiten Fassons, in weiß und fettesten Kleiderfarben

Stück **95** Pf.

Ausstellung sämtlicher Gürtel in unsern Schaukästen.

Ausstellung sämtlicher Gürtel in unsern Schaukästen.

In der **Lebensmittel-Abteilung** - soweit Vorrat -

Feinste Tafelbutter . . . Pfund **1.26**
 Brühwürstchen . . . Paar **7** Pf.
 Himbeer-, Erdbeersaft . . . Flasche **52** Pf.

Schweizerkäse . . . ¼ Pfund **20** Pf.
 Zitronen . . . Duzend **38** Pf.
 Johannisbeer-, Kirschsafft . . .

In der **Lebensmittel-Abteilung** nicht zum Wiederverkauf

Arbeiter-Turnverein „Frisch auf“, Aschersleben
 feiert sein diesjähriges **Stiftungsfest** bestehend in **Schauturnen** am Sonntag den 30. Juli, nachm. 3 Uhr, im „Fürstehof“ unter Mitwirkung der Bezirksvereine und des Arb.-Gesangsvereins. Aufstellung zum Umzug nachm. 2 ½ Uhr bei Wille. Nachmarsch vom „Fürstehof“ nach dem „Prinz v. Preußen“ um 7 Uhr. Hier selbst von 8 Uhr ab **Grosser Ball**. Freunde und Gönner des Vereins sind freundlichst eingeladen. Programme à 15 Bg. sind zu haben bei H. Greiner, S. d. Turm 29, H. Greiner, Stahlfurterhöhe 5, Wille, Wasserlorenz und im „Fürstehof“. Kinder haben abends keinen Zutritt. Das Komitee.

Pechau. Gasthaus „Zur Eiche“
 Sonntag den 30. Juli **Grosser Tanz**. Es ladet ergebenst ein **Otto Lippert**.

Junge Jean sucht Stellung als **Wirtschaftlerin** zum 15. August. Off. an die Exped. d. Bl. erbeten. 76
Eine unabhängige Frau oder **älteres Mädchen** für den ganzen Tag sofort gesucht. Zu erfragen **St. Michaelstraße 10 I.** 66
Dachdecker sofort gesucht. Zu meld. Freitag vorm. v. 10-12 Uhr bei **Gust. Neumann, Schrotestr. 69.**
2 Tischlerges. ges. Krügerbrücke 1a.
 Ein helles, ruhig gelegenes, zweifemtriges, geräumiges **Zimmer als Bureau** gesucht. Offerten sind an das **Verhandsbureau der Bauarbeiter**, Kl. Klosterstr. 15/16, zu richten. 245
Wohnung zu vermieten. Zu erfr. **Kemsdorf, Buchenerstr. 12.**
Anfr. Bogis Hundsbirgerstr. 17, v. 12.

Staudesamt.
Magdeburg, 26. Juli.
 Geburten: **Hilba, T.** des Gerichtsdiätars **Waldemar Bollmer**, **Esti, T.** des Schlossers **Hermann Meyer**, **Annemarie, T.** des Bäckereimeisters **Joh. Bergmann**, **Bruno, S.** des Sergeanten der Halbinal.-Abt. **4 M.-R. Albert Möbius**, **Luise, T.** des Elektrotechnikers **Fritz Gottburgien**, **Hilda, T.** des Lageristen **Otto Haute**.
 Todesfälle: **Witwe Sophie Weidrecht** geb. **Schollmann**, 93 J. **7 M. 25 T. Clara, T.** des Händlers **Wilhelm Werich**, 8 M. 9 T. **Stubenböhner Ferdinand Rost**, 74 J. 3 M. 25 T. **Mechaniker Otto Schubert**, 44 J. 7 M. 19 T.
Sendenburg, 26. Juli.
 Geburten: **Walter, S.** des Arbeiter-Jubal. **Stanislaus Würz**, **Johannes, S.** des Schmieds **Joseph Debst**, **Willy, S.** des Metallarbeiters **Max Wiese**.
 Todesfälle: **Johanna Paula Eija, T.** unehelich, 5 M. 23 T. **Johannes, S.** des Schmieds **Joseph Debst**, 1 T.
Neustadt, 26. Juli.
 Aufgebot: **Arbeit. Fritz Louis Baunke** mit **Marie Hoffmann**.
 Eheschließung: **Arbeiter Friedrich Eißfeld** mit **Witwe Tuch**, **Antonie geb. Kaefer**.
 Geburt: **Herbert, S.** des Arbeiters **Ed. Berner**.
 Todesfälle: **Arbeiter-Jubalide Heinrich Hering**, 77 J. 8 M. 19 T. **Fritz, S.** des Fabrikarbeiters **Friedrich Schmiede**, 6 M. 29 T. **Albert, S.** des Arbeiters **Albert Bodt**, 1 M. 8 T. **Hauswarter Louis Haunede**, 72 J. 2 M. 5 T. **Ehefrau des Ehed.-Arb. Ferd. Giesler**, **Luise geb. Tiedke**, 42 J. 4 M. 20 T. **Martha, T.** des Metallbrehers **Kurt Nischke**, 3 M. 11 T.

Altenplathow **Altenplathow**
 Sonntag den 30. Juli, nachmittags 3 ½ Uhr in **Altenplathow** im **Zeilerischen Lokale**
Oeffentliche Volks-Versammlung
 Tagesordnung:
 Vortrag des Genossen **Dr. Müller** über **„Preußen in Deutschland voran!“** Diskussion.
 Die Genossen werden ersucht, fleißig für den Besuch der Versammlung zu agitieren.

Osterwieck Familien-Kranken- und -Sterbe-Unterstützungs-Kasse „Eintracht“
Die halbjährige Generalversammlung findet **Sonnabend den 29. Juli, abends 8 ½ Uhr** bei **Witwe Lehmann** statt.
 Die Tagesordnung ist eine sehr wichtige, das Erscheinen aller Mitglieder daher sehr notwendig. Es ladet zu recht zahlreichem Besuch ein
 Der Vorstand: **J. A.: Karl Schulze**.

Städtisches Orchester
Nationalfestspiele.
Montag den 31. Juli 1905 abends **8 Uhr**
Grosses Volkskonzert.
 Leitung: **Kapellmeister Rudolph Fischer.**
Eintrittskarten
 im Vorverkauf . . . **20 Pf.**
 an der Kasse . . . **30 Pf.**

Viktoria-Theater.
 Freitag den 28. Juli 1905.
Minna von Barnhelm
 oder:
Das Soldatenglück.
Todes-Anzeige.
 Dienstag nachmittags 3 ½ Uhr verstarb nach kurzem aber schwerem Leiden meine innigstgeliebte Frau, unsere gute Mutter, Tochter und Schwester **Luise Giessler** geb. **Zietle** 73 im 43. Lebensjahr.
 Um kühles Beileid bitten
 Ihre trauernden Hinterbliebenen.
Berlin-Magdeburg-Neustadt.
 Die Beerdigung findet am Freitag den 28. Juli, nachm. 3 ½ Uhr, vom **Trauerhause** **Neuhaldenslebenstr. 4** aus statt.

Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands
 Verwaltung **Magdeburg.**
Achtung! Magdeburg und Vororte. Achtung!
Sonnabend den 29. Juli 1905, abends 8 ½ Uhr
Generalversammlung
 im **„Dreikaiserbund“**, Große Storchstraße 7.
 Tagesordnung:
 1. Geschäfts- und Kassenbericht vom 2. Quartal 1905.
 2. Bericht der Revisoren.
 3. Wahl eines Mitgliedes zum Verbandsauschuss.
 4. Verbands-Angelegenheiten und Beschiedenes.
 Die Mitgliedsbücher sind zur Kontrolle mitzubringen.
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarb.-Verband
 Verwaltung **Magdeburg.**
Versammlungen finden statt:
Sonnabend den 29. Juli, abends 8 ½ Uhr
Branche der Installateure und Klempner in der **„Gemütslichkeit“**, Tischlererkungstraße 22.
 Tagesordnung:
 Die Fortschritte der Tarifbewegung in den Gewerben der Installateure und Klempner. (Referent: Kollege **Otto Franz-Hamburg**).
Branche der Elektromonteur im **Restaurant „Neustädter Hof“**, Jakobstraße 17.
Bezirk Othenstedt im Lokale des **Herrn Rielebock**.
Sonntag den 30. Juli 1905, vormittags 10 ½ Uhr
Generalversammlung der Mitglieder aller zur **Verwaltungsstelle** gehörenden Bezirke im **„Luisenpark“**, Spielgartenstr.
 Tagesordnung:
 1. Geschäfts-, Kassen- und Revisorenbericht.
 2. Anträge aus den Bezirken.
 3. Wahl eines Mitgliedes für die Ortsverwaltung.
 4. Beschiedenes.
 Das Mitgliedsbuch legitimiert.
Montag den 31. Juli, abends 8 ½ Uhr
Bezirk Buckau im **„Thaliaaal“**, Dorotheenstr. 14.
 Tagesordnung:
 1. Die Einführung der Bildungsmittel. Ref.: **Genosse Wilh. Klees**.
 2. Stellungnahme zu einem Bezirks-Sommer- und Winterfest.
 3. Verbandsangelegenheiten.
 4. Beschiedenes.
 Einen zahlreichen Besuch der obigen Versammlungen erwartet
Die Verwaltung.

Deutscher Tabakarbeiter-Verband
Zahlstelle Magdeburg
Sonnabend den 29. Juli, abends 8 ½ Uhr
 bei **Prantisch, Kaplitzberg 9**
Mitglieder-Versammlung
 Tagesordnung:
 1. Rechnung. 2. Vortrag: **„Tabakener“**. 3. Bericht vom Gewerkschaftsausschuss. 4. Aufstellung eines Kandidaten zur Generalversammlung. 5. Beschiedenes.
 Erscheinen zahlreicher Mitglieder ist Pflicht. Der Vorstand.

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 27. Juli 1905.

Die Anarchisten und der Kölner Bierbojott.

In der gestrigen Generalversammlung des sozialdemokratischen Vereins erwähnte ein Redner ein in Magdeburg zirkulierendes Flugblatt, in dem den Delegierten zum Kölner Gewerkschaftskongress der Vorwurf gemacht wird, sie hätten in Köln den Bojott gebrochen. Die Behauptung ist schon in der Versammlung berichtigt worden, da sie aber, trotz der trübenden Quelle, aus der sie fließt, auch bei einzelnen Parteigenossen Glauben zu finden scheint; wollen wir noch ein übrigtes tun und mitteilen, was dem „Vorwärts“ aus Köln über die Affäre geschrieben wird:

Zurzeit wird in einer ganzen Reihe deutscher Städte ein gegen den deutschen Gewerkschaftskongress, die Kölner Arbeiterschaft und den Genossen Legien gerichteter Flugblatt verbreitet. Es ist in Berlin gedruckt, enthält im wesentlichen einen im Berliner „Anarchist“ veröffentlichten Artikel und wird gegen Einsendung des Postos überallhin verschickt.

In Köln soll sich gelegentlich des Kongresses „ein unerhörter Skandal“ ereignet haben: die Delegierten sollen Wohlthäter sein und Legien soll die Kölner Gewerkschaftskommission durch die Drohung, „den Kongress zu vertagen und dann in Berlin zusammenzutreten zu lassen“, gezwungen haben, „den Bojott während der Dauer des Kongresses“ aufzuheben.

Legien hat niemals die Aufhebung des Bojotts befürwortet. Der Verfasser des durch und durch wahrheitswidrigen Artikels ist aber so gnädig, hinterher zu berichten, daß „nur“ der Bojott über die Lokale aufgehoben wurde und man den Bojott über das Bier bestehen lassen habe. Es ist völlig erlogen, daß der Bojott für „die Dauer des Kongresses“ geändert worden sei. Der Bojott ist in der Woche vor dem Kongress aus der Lokalbesetzung in den reinen Bierbojott umgewandelt worden und er hat in dieser Form in Köln bis zu seinem Ende unverändert bestanden.

In Bochum bestand der Bojott in der nämlichen Form. Gemäß dem Beschluß der rheinisch-westfälischen Gewerkschaftskartelle hatte jeder Ort über die für ihn geeignete Form des Bojotts selber zu beschließen. Schon ehe Legien nach Köln kam, bestand innerhalb der Bojottkommission die Absicht, dem Bojott diese veränderte Form zu geben. Und zur Begründung haben in jener Sitzung mehrere Redner ausgeführt: Da eine Beendigung des Bojotts infolge der Haltung des Bierings vor Monaten nicht zu erwarten sei, gebiete es die Klugheit, sich auf einen so langen Kampf einzurichten. Die bisherige Gestaltung des Bojotts in Köln sei berechnet gewesen, durch möglichst scharfe Mittel die Brauereien zum schnellen Nachgeben zu zwingen. Daher sei der Bojott nicht nur über das Bier, sondern auch über alle Lokale, wo das Bier der ausschlaggebenden Brauereien verzapft wurde, verhängt worden. Diese Taktik sei berechnet gewesen auf einen Kampf, der sich nach Wochen bemasse. Da es nun aber außer Zweifel stehe, daß der Kampf sich noch Monate lang hinzügle, sei es nötig, die Form des Bojotts so zu ändern, daß die Arbeiterschaft ihn auch aufrecht erhalten könne. Andernfalls entziehe man den Gewerkschaften und der Partei auf Monate die besten Säle, mache es dem Arbeiter und seiner Familie den ganzen Sommer hindurch unmöglich, sich in öffentlichen Gärten, an Ausflugsorten usw. zu erfrischen, sei in der Auswahl der Gasthäuser äußerst beschränkt usw. usw. Von diesen Erwägungen ausgehend, nicht infolge von „Drohungen“ Legiens, beschloß die Kartellkommission in gemeinschaftlicher Versammlung mit den Gewerkschaftsvorständen und der Bojottkommission mit sämtlichen — mehr als hundert — gegen eine einzige Stimme, vom folgenden Tage an nur noch das Bier zu bojottieren, die Lokale zum Genuß bojottierfreier Getränke aber freizugeben.

Der „Anarchist“ aber lügt, die Versammlung habe „mit schwerem Herzen“ „in der Mehrheit“ Legien zugestimmt.

Legien gehörte allerdings auch zu den Befürwortern der veränderten Taktik und erstreckte auch, dem Kongress vorzuschlagen zu wollen, die Verhandlungen an einen bojottfreien Ort zu verlegen, da sonst bei der bisherigen Form Bojottbrüche unvermeidlich seien. Für den Beschluß waren aber die obigen Ausführungen bestimmend, und überdies zeigt doch Legiens Haltung, daß es ihm gerade um die strenge Durchführung des Bojotts zu tun war; er beweist das Gegenteil dessen, was der „Anarchist“ ihm untergeschoben will.

Die im „Anarchist“ und dem Flugblatt erwähnte Resolution der Buchdrucker ist in ihrem Inhalt gefälscht, um die Nichtberücksichtigung im Kölner Parteiblatt als Unrecht erscheinen zu lassen.

Es ist merkwürdig, daß sich von den vielen Tausenden Kölner Sozialdemokraten und Gewerkschaftsmitgliedern bis heute nicht ein einziger gefunden hat, der den Gewerkschaftskongress des Bojottbruchs beschuldigt — aus dem einfachen Grunde, weil an dem Kongress, seinen Delegierten und auch an sonst niemand in dieser Beziehung auch nur der mindeste Makel haftet.

Die Macher des Artikels im „Anarchist“ wollen einfach im Trüben fischen und für ihren „Anarchismus“ etwas Klammern machen, für den sich trotz aller Mühe bis heute kein geschickter Mensch interessieren will.

Zur Bekämpfung der Kindersterblichkeit.

Der Magistrat hat jetzt an die Bezirksvorsteher, deren Stellvertreter, an die Armenpfleger und Armenpflegerinnen sowie an die Bezirksärzte ein Schriftstück gelangen lassen, in dem auf die Eröffnung der städtischen Milchsterilisationsanstalt auf dem Grundstück Wallonerberg 2-3 (vom 7. August) hingewiesen wird. Ueber die Grundzüge, nach denen Milch aus dieser Anstalt verabfolgt werden soll, heißt es in dem Schriftstück:

Es ist beabsichtigt, die Milch für die Säuglinge (Kinder bis zu einem Jahr) und erforderlichenfalls auch für ältere Kinder zu folgenden Preisen abzugeben:

1. an notorisch Arme sowie an Familien und Unberühmte mit einem Jahreseinkommen bis zu 900 Mark frei

2. an Familien und Unberühmte mit einem Jahreseinkommen von 900 bis 1500 Mark je nach Lage der Familienverhältnisse und Kinderzahl mit 2 Pf. oder 3 Pf. die Flasche oder frei.

Bemerkung wird, daß die Milch je nach dem Alter des Säuglings entsprechend in kleinen Flaschen von 150 Gramm, 200 Gramm und 250 Gramm Inhalt abgegeben wird. Eine Flasche ist diejenige Menge, die zu einer Mahlzeit für das Kind ausreicht. In der Regel werden 6 bis 7 Flaschen für den Tag gegeben.

Das Wahlrecht verlieren die Familienväter durch die freie Gewährung der Milch nicht; es wird diese Zuwendung nicht als Armenunterstützung angesehen.

Zur Erleichterung der Abnehmer sollen zunächst folgende Ausgabestellen eingerichtet werden:

1. Wallonerberg 2-3 (Ede Altes Fiskerufer),
2. 2. W.-Mädch.-Schule, Straßburgerstr. 12, Kastellan Sommer, 3. A.-M. W.-Mädch.-Schule, Ottenbergstr. 40-41, Kastellan Rallenbach, 4. A.-M. 2. W.-Mädch.-Schule, Morgenstraße 2, Kastellan Busse, 5. A.-M. 1. W.-Mädch.-Schule, Umsfassungsstraße 16a, Kastellan Schröder, 6. Wft. 1. Volksschule, Spiegelgartenstr. 1a, Kastellan Müller, 7. Städt. Erziehungsanstalt, Ebdorferstr. 27, Inspektor Kamieth, 8. Wft. Bürger-Mädch.-Schule, Annastr. 17, Kastellan Gremm, 9. Ebbg. 1. W.-Mädch.-Schule, Traunschweigerstr. 25-26, Kastellan Schulze, 10. Ebbg. 2. W.-Mädch.-Schule, Königsberg 10d, Kastellan Wolfram, 11. Volksschule an der Leipzigerstraße 46, Kastellan Meffert, 12. Budauer W.-Mädch.-Schule, Feldstr. 25, Kastellan Weizner, 13. Rathaus Budau, Volkshilfsbeamter Weile, 14. 8. Volks-Mädchenschule, Bismarckstr. 23, Kastellan Poppe, 15. 1. Bürger-Mädch.-Schule, Prälatenstr. 8, Kastellan Kunge, 16. 1. W.-Mädch.-Schule, Dreieckstr. 27, Kastellan Knüttler, 17. 1. W.-Mädch.-Schule (Fischhofstr.) Breitenweg 109, Kastellan Böhne.

Die Anträge auf Verabreichung der sterilisierten Milch sind, unter Umständen auch ohne ärztliche Anordnung, im Geschäftszimmer Spiegelebrücke 1-2, 2 Treppen, Zimmer 19, und in den Vorständen in den Rathäusern dajelbst zu stellen. Die betreffende Vernehmungsstelle fertigt nach Aufnahme des Antrags sofort die Milchempfangskarte aus, damit jedenfalls für den Säugling gesorgt ist; demnächst geht der Fragebogen der Armenkommission zu.

An die Bezirksvorsteher, Armenpfleger und Armenpflegerinnen wird das Ersuchen gerichtet, diese Prüfungen nicht erst in den Kommissionssitzungen zu beraten usw., sondern in möglichst kurzer Frist — spätestens in 3 Tagen ohne Sitzungsbeschluß zu erledigen.

Die einzige sichere Grundlage. Die „Magd. Ztg.“ hat die einzige sichere Grundlage entdeckt, auf der die Sozialdemokratie zu überwinden ist. Und zwar sieht sie diese Grundlage — man staune — in den Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaften. In einem Artikel über diese schreibt das Blatt: „Die Gewerkschaften, die völlig aus dem liberalen Genossenschaftsgedanken erwachsen sind, sind bis jetzt tatsächlich die einzige sichere Grundlage, auf der sich die Arbeiter-Reformpartei entwickeln, auf der sich die nichtsozialdemokratischen Arbeiter zu gesunder praktischer Reformarbeit zusammenfinden und so die Sozialdemokratie allmählich geistig überwinden und zum Anschluß an praktische Gegenwartsarbeit zwingen könnten.“

Das das sehr schön klingt, findet selbst die „M. Z.“, aber sie will herausgefunden haben, daß das allmähliche, aber sichere Wachsen der Gewerkschaften, entgegen dem Niedergang der Sozialdemokratie — dokumentiert durch die Reichstagswahlen — den Beweis für ihre Behauptung biete. Sie jammert dann darüber, daß man im bürgerlichen Lager den Gewerkschaften nicht das nötige Interesse entgegenbringe, daß man häufig sogar nicht einmal zwischen Gewerkschaften und Gewerkschaften zu unterscheiden wisse. Dieser Unwissenheit zu begegnen und das Interesse anzufachen für die Bewegung, die der Sozialdemokratie den Garaus machen soll: dazu soll der Artikel der „M. Z.“ dienen.

Wir sind harmlos genug, der „M. Z.“ ihre Illusion nicht zu rauben. Mögen sich die Gewerkschaften der neuen Protektion der Nationalliberalen freuen. Die Sozialdemokratie kann dem Versuch, die Gewerkschaften vor den Karren der Reaktion zu spannen, mit Ruhe zusehen, umso mehr als sie davon überzeugt ist, daß die Arbeiter, die jetzt noch den Gewerkschaften angehören, desto eher erkennen werden, wo eigentlich der richtige Platz für sie ist.

Leber ins Arbeitshaus als nach Rußland zurück wollte die russische ledige Arbeiterin Josepha Kaczmarek, die am Mittwoch vor dem Schöffengericht stand. Die Kuffin spricht zwar kaum ein Wort deutsch, machte sich aber trotzdem auf, um Deutschland betelnd und wahrhaftig zu durchwandern. Am 7. Juli d. J. wurde sie in einem zerlumpten Zustande in den Anlagen des Rotehorn betroffen, wie sie auf die Spaziergänger zuströmte, um ihnen jammern die Hände zu küssen. Im Gefängnis fühlte sie sich dann nach dem Gutachten des Gerichtsarztes Dr. Kieferstein äußerst wohl. Sie zeigte sich zwar als beschränkte, aber nicht als geistesgestörte Person, die wenig arbeiten mochte, aber unglücklich stark ab, wie denn auch das einzige deutsche Wort, das sie deutlich spricht, „Essen“ ist. Das Urteil lautete auf 3 Wochen Haft und Ueberweisung an die Landespolizeibehörde. Als der Dolmetscher der Angeklagten dies übertrug und ihr klar machte, daß die Ueberweisung den Zweck habe, sie in einem Arbeitshaus unterzubringen oder nach Rußland auszuweisen, hat sie, man sollte sie doch nur ja in ein Arbeitshaus bringen, da gäbe es doch wenigstens Essen. Nach Rußland wolle sie aber durchaus nicht. Sie hat auch bereits einem früheren Ausweisungsbefehl keine Folge geleistet.

Angesehene Verbrechen. Wie in dem offiziellen Organ der deutschen Polizeibehörden, dem „Deutschen Jahrbuch“, nachgewiesen wird, ist auch in dem letzten Vierteljahr, vom 1. April bis Ende Juni 1905, innerhalb des Deutschen Reiches wieder eine große Reihe von Verbrechen ungesühnt geblieben. So ist es u. a. in sieben Fällen nicht gelungen, die Täter von Raubmorden und Raubmordversuchen zu entdecken. Unaufgeklärt blieben ferner in der genannten Zeit acht Fälle von Nord- und Nordwest, sechs Fälle von Raub und Raubüberfall. Sehr groß ist die Zahl der ungesühnt gebliebenen geringen Verbrechen, wie Einbruch und Einbruchversuch, Diebstahl, Diebstahl u. a. 14 Leichen, die agnosziert wurden, mußten unerkannt begraben werden. Mehr als 2200 Stiefbriefe wurden während des letzten Vierteljahres von deutschen Behörden, genau männliche, mehr als 300

in derselben Zeit gegen weibliche Personen erlassen. 234 Unberühmte männlichen und 29 solche weiblichen Geschlechts, meist Österreichische Staatsangehörige, sowie 19 Anarchisten erhielten den Ausweisungsbefehl.

Achtung, Sanabels- und Transportarbeiter! Die ordentliche Generalversammlung der hiesigen Verwaltungskasse findet am Sonntag den 29. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im „Deutscher Hof“ statt. Bei der wichtigen Tagesordnung wird ein vollständiges und pünktliches Erscheinen der Kollegen erwartet. Alles Nähere in der Annonce.

Gelandete Leiche. Am Mittwoch mittag wurde in der Stromelbe in der Nähe der Alten Schleuse am Stadtmarsch die Leiche des Blechschmieds Gustav Julow, Braunschweigerstraße 4, hier, wohnhaft gewesen, an das Land gespült. Da J. am Dienstag abend in der Maschinenfabrik Budau noch bis 10 Uhr gearbeitet hatte, ist anzunehmen, daß er durch ein Versehen in die Elbe gefallen und ertrunken ist. Die Leiche wurde nach der Leichenhalle des Altkatholischen Krankenhauses gebracht.

Ersttöten aufgefunden wurde am Donnerstag früh in den Anlagen bei der Garnisonkaserne am Herrntalweg ein den besseren Ständen angehöriger Mann im Alter von circa 22 bis 24 Jahren. Aus vorgefundenen Verletzungen geht hervor, daß der Selbstmörder den Namen G. Kirsten trug. Die Leiche, die eine Schutzverletzung an der rechten Schläfe aufwies, wurde nach der Leichenhalle des Altkatholischen Krankenhauses gebracht.

Großfeuer. Am Donnerstag früh wurde die Feuerwehre durch eine vom Feuermelder „Regenbogen“ in der Friedrichstraße abgegebene Großfeuermeldung alarmiert. Es brannte das Dachgeschloß und der aus bedeutenden Vorräten bestehende Vorrat des Heubodens auf dem Grundstück Heumarkt 2, Gasthof „Zum Argenstein“. Die alsbald eintreffende Feuerwehr griff den Brand unter Einnahme von drei Schlauchlinien an und es gelang, das Feuer in kurzer Zeit auf seinen Herd zu beschränken. Um 9 1/2 Uhr konnten die Feuerzeuge wieder abräumen. Der große Heuboden mit Inhalt ist ein Raub der Flammen geworden.

Volkskonzert. Am Montag den 31. Juli, abends 8 Uhr, findet ein Volkskonzert des städtischen Orchesters unter Leitung des Kapellmeisters Rudolf Fischer in den „National-Festhallen“, Hohepostelstraße 44-45, statt.

Kleine Chronik.

Landgerichtsdirektor Haffe unzurechnungsfähig.

Der Breslauer Landgerichtsdirektor Haffe, gegen den bekanntlich ein gerichtliches Verfahren eingeleitet worden war, weil er am 29. Dezember v. J. auf den Expresser Vögel in Berlin geschossen hatte, ist nunmehr durch Beschluß des Berliner Landgerichts I außer Verfolgung gesetzt worden. Nach dem Gutachten der ärztlichen Sachverständigen war Haffe zur Zeit der Tat unzurechnungsfähig. Die dem Gutachten hat sich das Medizinalkollegium mit einem Obergutachten angeschlossen, worauf die Einstellung des Verfahrens erfolgte.

Typhus und gelbes Fieber.

Eine Typhusepidemie ist in Breez ausgebrochen. Das dortige Krankenhaus ist bereits überfüllt, so daß die Choleraabraden mit in Anspruch genommen werden mußten. Ueber das gelbe Fieber in New Orleans wird von dort gemeldet: Das Gesundheitsamt gibt bekannt, daß seit dem 13. Juli dort 154 Fälle von gelbem Fieber vorgekommen sind. Die Zahl der Todesfälle betrug 34.

Schiffsbrandung.

Bei Hentkenhagen im Rössiner Kreis strandete der dänische Dreimaster „Johann Friedrich“. Das Schiff ist verloren, da sein Hinterteil zertrümmert ist. Das Schicksal der Mannschaft ist unbekannt.

Letzte Nachrichten.

Der russisch-japanische Krieg.

Sd. Tokio, 27. Juli. Am 21. d. M. fand ein ernstes Gefecht 86 Kilometer nördlich von Ratumen statt, über dessen Ausgang noch nichts bekannt ist. Alle japanischen Zivilisten, mit Ausnahme derjenigen, welche in den Kantonnements beschäftigt sind, müssen sich von der Front entfernen. Heute befehlt man den Jahrestag der Verwaltungsübernahme von Kutschwang.

Sd. London, 27. Juli. „Daily Telegraph“ meldet aus Tokio, die japanische Flotte habe mit mehreren tausend Mann die russischen Streikräfte am Zumen mit großer Gefährlichkeit angegriffen.

Sd. Petersburg, 27. Juli. Antisch wird mitgeteilt, daß starke japanische Abteilungen an der sibirischen Küste südlich von Nikolajew gelandet sind.

Sd. Budapest, 27. Juli. Der Präsident des Abgeordnetenhauses Jusch erklärte gestern, daß das Abgeordnetenhaus am 15. September jubelnd zusammenzutreten werde. Sollte mittlerweile die Vertagung auf einen weiteren Termin erfolgen, würde er das betreffende königliche Handschreiben nicht zur Kenntnis nehmen und die Verhandlungen beginnen lassen. Schon die Vertagung am 21. Juli sei unangelegentlich gewesen, und es wäre ein Fehler gewesen, daß man dem betreffenden königlichen Handschreiben loyal Folge gegeben habe. Ein zweites Mal dürfe dies nicht geschehen.

Sd. Wien, 27. Juli. Aus Sofia wird gemeldet, ein dortiges Journal habe erfahren, daß der bulgarische Ministerrat über eine sehr energische Note berichtet, welche die Forderung an die Mächte vertritt, daß in der sie behauptet, Bulgarien habe anarchische Elemente bei sich. Die Note schiebt die Verantwortung für das letzte Attentat gegen den Sultan auf Bulgarien und behauptet, daß in Bulgarien Explosivstoffe fabriziert werden, und daß man sie von dort nach der Türkei einschmuggelt. Das bulgarische Ministerium hat eine kräftige Abwehrnote auf diese Beschuldigungen verfaßt und wird gleichzeitig Reformen im Silajet Adrianopel verlangen.

Sd. Sofia, 27. Juli. Aus Konstantinopel wird der „Beshkerna Post“ gemeldet, es hätten die revolutionären armenischen Komitees den Vorgesetzten ein Ritual zugewandt, in welchem sie Schutz verlangen gegen die ihnen aus Anlaß des letzten Attentats zugefügten Verfolgungen; sie drohen selbst wieder auf Attentate zurückzukommen, wenn man nicht die beschriebenen Reformen unter der Kontrolle der Mächte einführt.

Sd. London, 27. Juli. „Daily Telegraph“ berichtet aus Konstantinopel, der Bruder des Sultans Fehmi Pascha sei im Zusammenhang mit dem Bombenattentat verhaftet worden.

Sd. London, 27. Juli. Der Schwimmer Heaton mußte seinen Versuch, den Vermelkanal zu durchschneiden, aufgeben, nachdem er 7 Meilen bei starkem Seegang und Nebel durchschwommen und beinahe von einem Dampfer überfahren worden wäre.

Henzburg, 27. Juli. Die Ausweissungspolitik in Nordschleswig wird ungeniert fortgesetzt. Im Dreieck Hadersleben fanden Massenaustrreibungen statt, weil die Dienstherren der Ausgewiesenen an dänischen Nationalisten teilgenommen haben. Das für das Tun ihrer Dienstherren doch durchaus nicht verantwortlich zu machende Gefinde wird also geschädigt, weil die Herrschaften nicht die vorchristliche Verantwortung tragen.

H. Lublin

Freitag
Sonnabend

Wegen vorgerückter Saison

Freitag
Sonnabend

Korsetts

Korsetts mit Spitze reich garniert Wert 1.50 und 1.25	<u>Sonderpreis</u> 1.00	85
Korsetts solide, mit Spitze garniert Wert 1.50	<u>Sonderpreis</u>	1.00
Korsetts grau Dreif., elegante Arbeit Wert 1.50	<u>Sonderpreis</u>	1.10
Korsetts einfarbig, mit Einsatz Wert 1.75	<u>Sonderpreis</u>	1.15
Korsetts Körper, mit Spitze garniert Wert 2.00	<u>Sonderpreis</u>	1.35
Korsetts Dreif., für starke Damen Wert 2.50	<u>Sonderpreis</u>	1.65

Blusen und Kostümröcke

Blusen aus Seiden	<u>Sonderpreis</u>	1.75
Blusen aus Batist	<u>Sonderpreis</u> 3.75	2.75
Kostümröcke weiß Nips	<u>Sonderpreis</u>	2.00
Kostümröcke weiß Nips	<u>Sonderpreis</u> 5.00	4.00

Normalwäsche

Normal-Hemd gelb . . .	1.35 1.25 1.15	1.05
Normal-Hemd beige Racco, extra-schwer Wert 3.00 2.80 2.60 2.40	<u>Sonderpreis</u> 2.50 2.30 2.10	1.90
Herren-Jacken gelb	<u>Sonderpreis</u> 80 70 60	50
Herren-Jacken gelb, pr. Racco	<u>Sonderpreis</u> 1.15 1.00 95	85
Herren-Hosen gelb	<u>Sonderpreis</u> 90 80 70	60
Herren-Hosen gelb, pr. Racco	<u>Sonderpreis</u> 1.35 1.25 1.15	1.05
Damen-Hosen gelb, extra pr. Racco	<u>Sonderpreis</u> 1.85 1.70 1.55	1.40

Baumwollwaren

Steppingham zu Hauskleidern, 65 cm <u>Sonderpreis</u> Meter	27
Steppingham zu Hauskleidern, 90 cm <u>Sonderpreis</u> Meter	42 ¹ / ₂
Bezugkattun hübsche Muster <u>Sonderpreis</u> Meter	25
Satin-Augusta zu Bezügen <u>Sonderpreis</u> Meter	40
Bettzeuge variert <u>Sonderpreis</u> Meter	36
Bettzeuge variert <u>Sonderpreis</u> Meter	43
Hemdenbarchent zweiseitig geraucht <u>Sonderpreis</u> Meter	23
Hemdenbarchent einseitig geraucht <u>Sonderpreis</u> Meter	35
Hemdenbarchent einseitig geraucht, blau und rot-weiß Streifen <u>Sonderpreis</u> Meter	42
Schürzendruck 92/93 cm, blau-weiß gestreift <u>Sonderpreis</u> Meter	48
Hemdentuch <u>Sonderpreis</u> Meter	18
Hemdentuch Eitfinger <u>Sonderpreis</u> Meter	30
Hemdentuch Eitfinger <u>Sonderpreis</u> Meter	43
Macco-Ersatz <u>Sonderpreis</u> 10 Meter	4.65

Taschentücher

1 Posten Linon-Tücher <u>Sonderpreis</u> Dgd.	75
1 Posten engl. Batist-Tücher <u>Sonderpreis</u> Dgd.	1.80

Handtücher

Handtuch grau mit bunten Streifen <u>Sonderpreis</u> Dgd.	1.25
Handtuch weiß mit bunten Streifen <u>Sonderpreis</u> Dgd.	1.50
Handtuch grau mit bunten Streifen <u>Sonderpreis</u> Dgd.	1.75
Handtuch Baumwolle, weiß-bunt gestreift 40/100 <u>Sonderpreis</u> Dgd.	2.40
Handtuch Baumwolle, weiß-bunt gestreift 48/100 <u>Sonderpreis</u> Dgd.	2.75
Handtuch Dreif., weiß-bunt gestreift 48/110 <u>Sonderpreis</u> Dgd.	3.60
Handtuch Gerfentorn, weiß mit bunten Streifen 48/110 <u>Sonderpreis</u> Dgd.	3.60

Badewäsche

Badehandtuch aus weiß baumw. Kräuselstoff 1.00 55 35	25
Badehandtuch aus farbigem Kräuselstoff 80 70	40
Badehandtuch aus weiß Kräuselstoff mit Bordüre 1.50 1.00	75
Badelaken aus weiß Kräuselstoff mit Bordüre 1.75 80	65
Badelaken aus weiß Kräuselstoff mit Bordüre 6.00 3.75	2.25
Frottierstoff weiß baumwoll., gekräuselt 60 130 cm Meter	75 1.35
Bade-Anzüge rot u. gemustert	1.10 95 85 65
Bade-Anzüge rot u. gemustert	1.45 1.25 1.10 95
Badekappen prima Deltuch weiß	20 9
Badekappen prima Deltuch, farbig	25 18
Badepantoffel aus geflochtenem Schilf mit farbigem Baumwollfutter	30

1 Posten
weiße Damen-Klapp-Kragen
hochmodern Wert 55 Sonderpreis 40

Ein Posten Sommer-Mützen
Kongress-Gewebe Städ 35

1 Posten Gummi-Strumpfband-Enden
für 1 Paar Bänder
variirt 6 Pf., variirt Satin, extra stark 13 Pf.

Ein Posten Stickerei-Enden

Ein Posten Krawattenbänder